

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Pettizelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 131.

Sonntag, den 3. Juni 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

„Die Verkauften.“

Wir machten schon zu wiederholten Malen auf die Ähnlichkeit aufmerksam, die manche Vorgänge in Frankreich mit solchen in Deutschland haben, namentlich auf das Gebahren der Reaktion, das hüben wie drüben fast zum Lachen ähnliche Züge aufweist. In Deutschland rufen die Krücker, in Frankreich die Cavaignac mit brüllender Stimme nach dem „starken Manne“; in Frankreich drohen die Bourgeois vom „Figaro“, in Deutschland die Großkapitalisten von der „Kölnischen Zeitung“, wenn von einer einigermaßen demokratischen Steuerreform die Rede ist, mit parlamentarischer Rebellion; hier wie dort benutzen Demagogen die Juden und die Waarenhändler als das rote Tuch, mit dem sie die blöden Massen der Kleinbürger, Krämer und Handwerker, für ihre Zwecke ködern; diesseits und jenseits der Bogen haben Junker und Pfaffen einen festen Bund geschlossen.

Die lange Liste der Vergleichspunkte, aus denen wir eben nur einen mageren Auszug mitgeteilt haben, hat in allerjüngster Zeit eine neue Bereicherung erfahren.

Am jenem Tage der stürmischen Kammerdebatte, als der Kommuneschlächter General Marquis de Gallifet, unter halbwegs anständigen Formen seine Ministerkollegen in Stich ließ, heulten die französischen Reaktionsäre mit der Zungenkraft, die wir ja auch im Reichstage während der Feinzeite auf ihren deutschen Gefinnungsgeoffen zu bewundern das zweifelhafteste Vergnügen hatten, während dreiviertel Stunden den Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau an. Bekanntlich sah sich der Präsident der Kammer, Herr Paul Deschanel, der Mann mit dem eleganten Cylinder, trotzdem er innerlich mit den todbenenden Konservativen sympathisierte, gezwungen, ihrem Vorn durch Aufhebung der Sitzung ein Ende zu machen, gleichwie der Präsident des deutschen Reichstages, Graf Ballesbreim, seine eigenen Partei-, Gefinnungs- und Standesgeoffen zu Ruhe und Anstand ermahnen mußte, als sie einer Meute losgelassener Jagdhunde gleich unjeren Genossen Stadthagen umheulten.

Außer „Mörder“, „Dieb“, „Bandit“ und sonstigen geschmackvollen Rosenamen flog Waldeck-Rousseau besonders das Wort „Verkaufter“ (Vendu) entgegen. Nach der Behauptung der Nationalisten soll er sich an das „Dreifuß-Synoviat“, an die „internationale Juden-schaft“, an England und den Himmel mag wissen, an den sonst noch, verkauft haben.

Der jetzige französische Ministerpräsident ist ein schmerreicher Mann und ein sehr gesuchter Advokat, der als Privatmann ungefähr zehn Mal soviel Einnahmen hat, denn als Minister. Welches auch immer seine Fehler sind — er ist kapitalistischer Bourgeois durch und durch, wenn auch nicht ganz so unbeherrschbar wie Eugen Richter — daß ein vielfacher Millionär durch ein Trinkgeld von einigen 100 000 Francs oder durch ein von Repräsentationskosten größtentheils verschlungenes Ministergehalt von 5000 Francs pro Monat seine Politik bestimmen läßt, können nur Leute behaupten, die entweder sehr dumme oder sehr verlogene, oder beides zu gleicher Zeit sind.

Aber es scheint nun einmal zu den „berechtigten Eigentümlichkeiten“ der Reaktionäre aus aller Herren Länder zu gehören, bei den Gegnern stets schmutzige Beweggründe voranzusetzen. Daß die sozialistischen Journalisten, Redner, Gewerkschaftsführer, Politiker als — bezahlte Heizer und Agitatoren, die sich von „Arbeitergroßen“ bezeichnen lassen, ist man schon so gewohnt, daß man über derartige Stellen, von denen die bürgerlichen und zumal kapitalistischen Blätter wimmeln, einfach hinwegliest.

Aber auch ihre bürgerlich-liberalen Gegner pflegt die Reaktion in gleicher Weise zu beschmutzen. In Deutschland wie in Frankreich. Bismarck, der durch lithographierte Anklageformulare seine „Beleidiger“ vom Gelehrten von Beltruf bis zur armen Näherin zu verfolgen pflegte, der Männer wie Theodor Mommsen und Georg von Bunsen auf die Anklagebank brachte, Bismarck belegte die freihändlerischen Journalisten und Abgeordneten mit dem Rosenamen

„vom Ausland gekaufte Schufte“; verklagten sie ihn, so verlor er sich hinter seine Kürassieruniform, worauf denn, wenn es doch zur Klage kam, der Militär Richter des salomonischen Urtheil abgab, der Reichsfanzler habe mit der unter Anklage gestellten Rebemwendung das „Recht der freien Meinungsäußerung“ nicht überschritten.

Die „Post“ hat Bismarck glücklich abgequackt, wie er sich räuspert und wie er spuckt. Im holden Einvernehmen mit der „Konservativen Correspondenz“ beschuldigt sie den Dr. Barth und andere Gegner des Fleischeinfuhrverbotes, die amerikanischen Repräsentanten zu Repressalien ermuntert zu haben!

Doch wozu sich aufregen? Es ist eine alte Praxis der Buschklepper, andere Leute hinter dem Busche zu suchen, hinter dem sie selbst gefessen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 7. Juni 1900.

Im Reichstage wurde heute die zweite Lesung der Flottenvorlage fortgesetzt.

Der entscheidende § 1, der den Flottenbestand festsetzt, ist gestern angenommen worden; die §§ 2—5 gaben, wie das zu erwarten stand, keinen Anlaß zu Erörterungen.

Ganz anders steht's mit § 6, dem „Deckungsparagraphe“. Es war vorauszu sehen, daß bei ihm die Generaldebatte über die „Deckungsgesetze“, die morgen verhandelt werden sollen, vorweggenommen und daß die Geister hier, wo es sich um Moses und die Propheten handelt, scharf auf einander plagen würden. Und so kam es denn auch.

Den Reigen der Redner eröffnete der Neuadlige Dr. v. Siemens mit einer nicht ungeschickten Rede gegen die vorgeschlagene Börsenbesteuerung. Er wies nach, daß er als Privatmann, als Leiter einer Riesebank, eigentlich alle Veranlassung habe, sich für diese Steuer zu erwärmen, die die Vernichtung des finanziellen Mittelstandes, der kleinen Bankiers, noch mehr beschleunigen werde.

Auf Herrn v. Siemens folgte Eugen Richter. Es war nicht übel, was er über die Rute sagte, die sich die Handelskreise mit ihrer Flottenschwärmerei selbst gebunden haben und mit der sie nunmehr gequält werden. Sehr richtig war auch, was der Führer der freisinnigen Volkspartei über die Steuern auf fremde Biere und Branntweine sagte, die nicht, wie man das hinzustellen sucht, Lugsabgaben sind, sondern, entgegen allen feierlichen Versicherungen, den Konsum der breiten Volksmasse auf's Neue belasten. Hauptsächlich aber bekämpfte Richter die von der Kommission beliebte Deckung von dem Gesichtspunkte aus, daß die neuen Steuern einen Ueberfluß über die Kosten der Flottenvermehrung abwerfen und so zu neuen kolonialen, militärischen und marinistischen Forderungen den Anreiz bieten würden. Diese Auffassung, soviel sich auch für sie anführen läßt, raubte Richters Ausführungen viel von der prinzipiellen Schärfe, mit der der zweitfolgende Redner, Bebel, sich gegen das System der „aus allen Ecken und Enden zusammengesuchten Steuer-milliönschen“ wandte.

Vor Bebel hatte Herr v. Kardorff gesprochen, der die Kommissionsvorschläge empfahl und im Uebrigen sich wieder über die Währungsfrage erging. An eine Bemerkung, die er über Bebel's gestrige Rede gemacht, knüpfte dieser an. Hatte er gestern nachgewiesen, daß gegenüber der Flottenvermehrung das Zentrum seinen Standpunkt total verändert habe, so wies er heute nicht minder überzeugend nach, wie auch in der Deckungsfrage das Zentrum völlig seine ursprünglich eingenommene Stellung aufgegeben und die Gelegenheit zu einer durchgreifenden Reichsfinanzreform verabsäumt habe. Mit kleinen Steuerrezepten, mit neuen Belastungen breiter Volksschichten geht man vor, um nur ja nicht die Hauptinteressenten, die großen Eisenbarone u. s. w. gebührend für die Flotte, die ihnen melkende Kuh ist, zahlen zu lassen.

Nachdem Graf Kanitz gegenüber der verabschiedeten Reichserbschaftsteuer die Vorzüge der Weinsteuer gepriesen und St. Paasche ein wenig über die Börse geplatzt hatte, verlor Herr Gröber mit nicht besserem

Erfolge als gestern das Zentrum und seine Umfallstatist reinzuwaschen. Als er die alte geschmacklose Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Börsenschuttruppe“ wiederholte, rief ihm Bebel eine zwar unparlamentarische, aber nicht unrichtige Bezeichnung zu, die ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten eintrug. Im Uebrigen brachte Bebel in einer späteren Erwiderung die wirklichen Beweggründe der Zentrumsinnesänderung auf die kurze wie richtige Formel: das Zentrum scheut sich vor einer Belastung, die wirklich eine solche ist, der be-sitzenden Klassen.

Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen gelangte der § 6 mit großer Mehrheit zur Annahme. Desgleichen die Schlussbestimmung, durch welche festgesetzt wird, daß das Flottengesetz gleichzeitig mit den sog. „Deckungsgesetzen“ in Kraft treten soll. Ferner wurden die beiden von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen angenommen, deren eine die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Sacharinsteuern verlangte, während die zweite, gegen die mit Freisinnigen und Sozialdemokraten auch die Nationalliberalen stimmten, die Deffnung der Grenze für ausländische Arbeiter fordert. Die agrarische Quittung für Flottenfreundlichkeit.

205. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Tirpitz, Thielmann. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Deklaration zu Art. 35 des internationalen Uebereinkommens über Maßregeln gegen die Pestgefahr. Dieselbe wird in erster und zweiter Lesung debattelos genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Flottenvorlage. Die §§ 2—5 werden debattelos angenommen.

§ 6 regelt die Deckung. Der durch die Vorlage bedingte Mehrbedarf an Einnahmen soll nach dem Steuergeetze gedeckt werden durch Erhöhung der Stempelabgaben und Einführung von solchen auf Lüge und Schiffsfachturen und durch erhöhte Zölle auf Schaumweine, fremde Biere und Branntweine. Ein etwaiger Fehlbetrag soll nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der den Massengebrauch belastenden Reichs-abgaben gedeckt werden.

Dr. v. Siemens (SPg.): Schon bei früherer Gelegenheit habe ich darauf hingewiesen, daß die Konsequenz der Börsenbesteuerung das Schwinden des Mittelstandes im Bankiergewerbe und die Züchtung von Großkapitalisten ist. Würde ich mich durch meine persönlichen Interessen leiten lassen, so würde ich begeistert diesen neuen Steuervorschlägen zustimmen. (Hört, hört!) Die Börse wird durch alle diese Schikanen nicht untergehen, sie ist eben ein unentbehrliches Institut, wie jedes, das zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse dient. Sie wird übrigens nicht einen Pfennig von den neuen Steuern tragen, denn seit Noach's Zeit haben die Kommissionäre stets ihre Ausgaben den Auftraggebern in Rechnung gestellt. In der Kommission fiel das Wort vom „Verkehrsbüffel“. Wenn Sie in dieser unserer Zeit der hochentwickeltesten Arbeitsteilung den Verkehr erschweren, so erschweren Sie den kulturellen Fortschritt. (Sehr richtig! links). Die natürliche Entwicklung, daß sich die großen Unternehmungen in Aktiengesellschaften verwandeln, erschweren Sie durch den Emissionsstempel. Dieser Emissionsstempel hat aber auch außerpolitische Bedeutung, die sich bei Anleihen äußern wird, die ein fremder Staat bei uns aufnehmen will. In der heutigen Zeit, wo die politischen Kämpfe — z. B. der Kampf zwischen England und Rußland — wesentlich finanzielle Kämpfe sind, bedeutet die Schwächung der Börse gleichzeitig die Schwächung des politischen Einflusses des betreffenden Landes. Und diese Schwächung der Expansionskraft, gerade in dem Augenblick, da man eine Weltpolitik inaugurieren will, hätte ich für das Ueberverstehteste. (Beifall links).

Richter (SPg.): Auch die Gegner der Flottenvorlage haben allen Grund, daran mitzuarbeiten, daß das Gesetz in seiner Ausführung möglichst wenig nachtheilig gestaltet wird. Daß das Zentrum die Deckungsfrage gleich mit in die Flottenvorlage hereinbezogen hat, kann ich nach den Erfahrungen, die wir bei Militär-vorlagen, bei denen das biele Ende stets nachkam, gemacht haben, nur loben. Ich hoffe, dieser Vorgang wird bei der Beurtheilung späterer Marine- und Militär-vorlagen erzieherisch auf weite Kreise der Nation wirken. Ich bin von Anfang an dafür eingetreten, daß die neuen Steuern, deren Nothwendigkeit im Falle der Flottenvermehrung ich voraussetzte, so gestaltet wurden, daß die Möglichkeit vorlag, sie je nach Bedarf einzuziehen oder aber nicht einzuziehen. Von diesem Standpunkt aus sind wir für die Einführung einer Reichs-bermögenssteuer eingetreten. Wie die neuen Steuern jetzt bemittelt werden sollen, besteht die Gefahr, daß zuviel Einnahmen zur Verfügung stehen und dadurch ein starker Anreiz für gesteigerte koloniale und militärische Forderungen gegeben sein wird. Die Resolution, die etwaige Ueberflüsse zur Schuldenentlastung verwandt werden soll, wird ein frommer Wunsch bleiben. Befürchte ich eine Spur von einer böshafteren Ueber (Große Heiterkeit), so könnte ich mich darüber freuen, daß gerade die Flottenschwärmereien Kreise durch neue Steuern getroffen werden sollen. Es werden aber auch Interessen und Kreise davon berührt, die an der Flottenbegeisterung unschuldig sind. Der Emissionsstempel erscheint, wie schon mein Vorredner ausgeführt hat, die naturgemäße Entwertung der Aktiengesellschaften. Eine Kugelfeuer dürfte gerade in diesem Augenblick der allgemein beklagten Noth wenig angethan sein. Der Schaumwein soll wenig eintragen; es würde sich überhaupt empfehlen, die ganze Schaumweinfrage vorläufig zurückzustellen. Bei der Branntweinbesteuerung handelt es sich keineswegs um eine Abgabe auf den Lüge. Der Rum

z. B. wird zur Verbesserung und Veredelung des inländischen Brautweins — der es meist sehr nötig hat — verwandt. Eben-
sowenig kann die Besteuerung ausländischer Biere als eine
Zugabe abgelehnt werden. — Wir können also nur für eine
Reichsvermögenssteuer und für die Erhöhung des Lotteriestempels
stehen. Alle anderen Steuern lehnen wir ab. (Beifall links.)

b. Kardorff (Rp.): Meine politischen Freunde werden bei
den Kommissionsbeschlüssen stehen bleiben. Die Ausführungen der
Abg. Bebel und Richter stehen in scharfem Gegensatz zu einander:
der Erste meint, daß die neuen Steuern nicht ausreichen werden,
der Zweite dagegen, daß sie zu viel Geld abwerfen werden. Herr
v. Siemens hat ausgeführt, daß das Geld eine große Macht ist.
Das haben wir schon vorher gewußt. (Heiterkeit rechts.) Man
könnte geneigt sein, die Börse zu stärken, falls dieselbe sich von
England unabhängig machen wollte. Von einem solchen Bestreben
habe ich aber nichts gemerkt. — Ich kann zum Schluß nur wieder-
holen, daß wir an den Kommissionsbeschlüssen festhalten werden.
(Beifall rechts.)

Bebel (SD.): Herr v. Kardorff gegenüber will ich nur be-
merken, daß ich gestern gesagt habe, die von der Kommission vor-
geschlagenen Steuern stimmten nicht zu dem Deckungsprogramm,
das am 8. Februar d. J. der Abg. Dr. Schädler hier ent-
wickelt hat, der damals ausdrücklich erklärte, daß die Lasten auf die
leistungsfähigen Schülern gelegt werden müßten. Der Abgeordnete
Gröber ist noch in der Kommission mit allem Nachdruck für eine
Reichsvermögenssteuer eingetreten. Erst als die Regierung rund
und nett erklärte, auf eine solche nicht eingehen zu wollen, ist man
dazu geschritten, aus allen Ecken und Enden die Steuermöglichkeiten
zusammenzutragen. Die Kommissionsvor schläge stimmen also mit
dem ursprünglichen Zentrumsprogramm nicht überein. Die
industriellen Kreise sind keineswegs geblieben. (Sehr richtig!
links.) Die Flottenlieferanten brauchen nicht zu bluten, was der Fall
sein würde, hätte man sich zu einer progressiven Einkommensteuer
entschlossen. Eine solche hätte nirgends Verkehrsbeziehungen gestört
oder geschäftliche Verbindungen gehindert, sie hätte das alles viel-
mehr gefördert, da jeder bestrebt ist, sein Einkommen möglichst zu
erhöhen. Dagegen solche Verkehrssteuern, wie sie hier vorgeschlagen
werden, rufen nur entweder Mißmut oder Schloßheit, die sich
sich der Last zu entziehen weiß, hervor. (Sehr richtig! b. d. Soz.)
Geht man die Steuervorschläge im Einzelnen durch, so kann man
höchstens von der Besteuerung des Champagners und der Glasen-
liquore behaupten, daß sie die besitzenden Klassen belasten, übrigens
nur mit einer ganz minimalen Summe. Alles Uebrige aber
trifft die unteren Volksklassen, wie zum Beispiel die
Bebesteuerung von Bier, Rum und Cognac in Fässern.
Weiter wird eine Erhöhung der Börsensteuer verlangt. Die Börse
ist für die heutige Gesellschaft eine Lebensnotwendigkeit und wir
bestrafen jede Besteuerung des Handels und Verkehrs, einerlei
welches Organ derselben sie trifft. Alle Maßnahmen gegen die
Börse in den letzten Jahren haben nur das Gegenteil von dem
bewirkt, was sie bewirken sollten. Den Vortheil haben nur die
großen Geschäfte gehabt. Auch das Börsenpersonal hat sich mit
aller Entschiedenheit gegen eine neue Besteuerung der Börse ge-
wendet. Durch die Besteuerung der Börse werden die kleinen
Leute ganz erheblich belastet, denn 71 pCt. aller Börsengeschäfte
sind unter 6000 Mk., werden also von kleinen Rentiers, Geschäfts-
leuten und Handwerkern gemacht. In der Kommission wurde auf
die Gewinne hingewiesen, die den Unternehmern aus den Auf-
trägen infolge der Flottenvermehrung zufließen würden. In der
Kommission wurde festgestellt, daß der Gesamtbetrag an Panzer-
platten allein in den nächsten 16 Jahren nach Abschluß der Aus-
lastung 220 Millionen Mark ausmachen würde. Nimmt man
an, daß davon die Hälfte Reingewinn ist, so würde das einen
Vortheil von 110 Millionen Mark ausmachen, die sich auf die
Werke von Krupp und die Dillinger Werke vertheilen würden.
Würde nun der Weg der direkten Besteuerung beschossen, jedoch
auf Einkommen von 100 000 Mk. an 4 pCt. abgegeben werden
müßte, dann müßten die Herren Krupp und Stumm über 100 000
Mark an das Reich zahlen allein von dem Verdienst an Panzer-
platten. Krupp allein hat ein Einkommen von 8 Millionen Mk.,
müßte also bei 4 pCt. 320 000 an das Reich zahlen. In Wahr-
heit zahlt er aber keine 1000 Mk. an das Reich. Wenn der ganze
Reichstag nach seinem Vermögen zu der Flottenvorlage besteuert
würde, so müßte er 700 000 Mk. zahlen. Nach den neuen Steuer-
vorschlägen zahlt er aber keine 7000 Mk. zur Flottenvorlage.
(Heiterkeit) Wenn also jemals die Verprechungen, die man der
Veröffentlichung gegenüber gegeben hat, nicht gehalten worden sind,
dann in Bezug auf die Deckungsfrage. Auch hier sind die ein-
zigen, die betrogen worden sind, die deutschen Wähler. (Beifall
b. d. Soz.)

Dr. Paasche (ML): Wir werden vor allem dafür eintreten,
daß das Reich, was an Einnahmen bewilligt ist, zur Tilgung der
Reichsschulden verwendet wird. Dem Widerspruch gegen die ein-
zelnen Steuervorschläge verheißt man nicht. Was die Zollhöhen-
anlangt, so möchte ich behaupten, daß alle von uns getroffenen
Artikel im Wesentlichen zugunsten sind. Was die Börsensteuer
anlangt, so hat Herr Siemens selbst angegeben, daß die Börse selbst
keinen Gewinn zahlt, sondern die Kapitalisten, die hinter ihr stehen.
Diese werden die kleinen Summen, um die es sich handelt, leicht
tragen.

Graf v. Kanitz (R.): Mit den Vorschlägen der Kommission
bin ich nicht sehr einverstanden. Das deutsche im Ausland ino-
stet Kapital ist gar nicht herangezogen. (Sehr richtig! rechts.) Die
Herren, die ihr Geld im Ausland angelegt haben, werden von
der Flotte geschont, ohne daß sie zu den Kosten dieses Schutzes
etwas beizutragen brauchen. — Wichtig ist für uns, genau zu
wissen, wie die Deckung erfolgt. Falls die Deckung nicht in unserem
Einkommen liegt, so bin ich nicht in der Lage für das Flottengesetz im-
men zu stimmen. Sympathischer als eine Reichseinkommensteuer
würde mir eine Einkommensteuer progressiv steigend mit der Qualität und
dem Reize des Reizes. Mit Herrn Siemens bin ich einverstan-
den, daß das Kapital eine große Macht ist. Deshalb wollen wir
mehr Zoll- und Handelspolitik zu erörtern, daß das deutsche
Kapital, nicht das fremde Kapital bei uns die Macht erhebt.
(Beifall rechts.)

Gröber (Z.): Der Anbringung der Kosten durch eine An-
lage können wir nicht zustimmen. Man hat eine Erhöhung der
Matrikularbeiträge vorgeschlagen. Das hätte dazu geführt, daß
Schulden entstehen, z. B. die Schule, die gelitten hätte. Also auch
dieser Weg ist nicht gangbar. In einem Einverständnis wäre sicher
eine direkte Reichssteuer die einfachste und beste Form; in einem
Landesstaat ist eine solche Steuer nicht leicht durchzuführen. So-
wohl bei der Reichseinkommensteuer, wie bei der Reichsvermögenssteuer
würde man mit der Einzelheiten in Konflikt gekommen sein. Auch
der von uns angeregte Gedanke einer Reichsvermögenssteuer ist nicht
angenommen worden. — Der Graf v. Kanitz hat eine Reichseinkom-
mensteuer empfohlen. Gerade die Einführung dieser Steuer würden in
Deutschland große Schwierigkeiten machen. Besonders gewandt hat
sich, daß dieser Steuervorschlag von agrarischer Seite kam.
Mit Herrn Siemens bin ich einverstanden, daß die Börse
sehr wichtig ist, weit wichtiger, als manchem von uns lieb ist. Herr
v. Siemens warnte die Börse ein Merkmal für die Machtent-
wicklung der Nationen. Wenn man für Deutschlands Macht und
Größe ein Merkmal braucht, suchen wir es nicht bei der Börse,
sondern bei dem gesunden deutschen Mittelstand. (Beifall im Zen-
trum und rechts.) Die Leute, die an der Börse ihre Geschäfte
machen, gehören gewiß zum kleinen Theile dem Mittel-
stand an. Ja, die meisten von ihnen würden sich bedrückt fühlen,
wenn man sie zum Mittelstand rechnen würde. (Sehr gut! im
Zentrum.) Herr Richter hat so ziemlich in dieselbe Reihe, die
Herr v. Siemens genannt, und auch Herr Bebel hat sich wieder
sehr nachdrücklich gegen die Börsensteuer erklärt. Wer, wie die
Sozialdemokratie, die Börse nicht als mächtig in Schatz nimmt, der

muß es sich gefallen lassen, als Schuttruppe der Börse bezeichnet
zu werden. (Sehr gut! im Centrum und rechts.)

Bebel: Das ist einfach unerschämte!
Präsident Graf v. Ballestrem ruft den Abg. Bebel wegen
dieser Ausrufung zur Ordnung.

Gröber (fortfahrend): Die Prophezeiungen aus den Kreisen
der Börse brauchen uns nicht zu genieren. Was die Abänderungs-
anträge Richter betrifft, so werden wir, falls durch sie die Steuer-
summe wesentlich abgeschwächt würde, unsere Konsequenzen bei der
dritten Lesung zu ziehen wissen. (Heftiger Beifall im Centrum.)

Richter (Fg.): Ich halte die Einführung der Reichs-
vermögenssteuer nur für eine Frage der Zeit. Wäre die Annahme der
Flottenvorlage von der Einführung der Reichsvermögenssteuer ab-
hängig gemacht, dann hätte sich sicher auch die Regierung zu dieser
Steuer bekannt. Ich persönlich erwärme mich freilich am meisten
für eine Reichsvermögenssteuer, weil diese schon bei kleinen Pro-
zenten erhebliche Beträge bringt. Die Frage der beweglichen Reichs-
einkommensteuer wird nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Dr. v. Siemens (Fg.) wendet sich gegen die Ausführun-
gen des Abg. Grafen Kanitz. Er sei nicht in den Reichstag ge-
wählt, um persönliche Interessen, sondern die der Allgemeinheit zu
vertreten.

Graf Kanitz (R.): Ich habe — das muß ich Herrn Gröber
erwidern — nur von einer Besteuerung der theuren Weine ge-
sprochen und damit habe ich auch nur meine persönliche Anschauung
zum Ausdruck gebracht.

Bebel (SD.): Wenn Herr Gröber meine Partei als Schut-
truppe der Börse bezeichnet, so ist das eine beweislose Verhäch-
tigung. Wir sind gegen jede Steuer, die den Verkehr belastet. Herr
Gröber meinte, er hätte mit seinen Vorschlägen einer Reichs-
einkommen- und Erbschaftsteuer wenig Gegenliebe gefunden. Hätten
die Herren aber gesagt: ohne die direkte Besteuerung keine Flotte!
dann hätte die Regierung auch nachgegeben. (Sehr richtig! bei
den Soz.) Wenn wir übrigens die Reichseinkommensteuer befrä-
worten, so setzen wir voraus, daß die Herren, die unter gestiften
Strohdecken sitzen, nicht davon getroffen werden. (Gr. Heiterkeit
und Beifall bei den Soz.)

Richter (Fg.): Gegen die Reichsvermögenssteuer haben wir
das Bedenken, daß sie keine bewegliche Steuer ist. Die Drohung
des Zentrums, ohne Deckung keine Flotte! kann sich nicht auf uns,
sie muß sich auf die Nationalliberalen beziehen haben. Die Regie-
rung freilich verhält sich zu den Steuervorschlägen so schweigsam,
als ob sie die ganze Steuerfrage nichts angehe. (Heiterkeit.) Die
Konserwativen sagen jetzt plötzlich: Würden die Stempelsteuern nicht
bewilligt, dann sind wir für die Flotte nicht zu haben. Das ist
die große nationale Begeisterung. (Heiterkeit.) Wird die Stempel-
steuer nicht bewilligt, dann fort mit der Flotte, mit der „größ-
lichen“ Flotte! (Gr. Heiterkeit)

Damit schließt die Diskussion.
§ 6 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der frei-
und jüdd. Volkspartei angenommen.

Debatte angenommen wird darauf die Schlußbestim-
mung, wonach das Gesetz gleichzeitig mit den noch in dieser
Session des Reichstages zu erlassenden Gesetzen betr. Abän-
derungen des Reichsstempelgesetzes und des Zoll-
tarifgesetzes in Kraft treten soll.

Schließlich liegen noch folgende Resolutionen vor:
„Der Herr Reichstagskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß
im Interesse der Landwirtschaft die deutschen Reichsgrenzen für
den erforderlichen Zugang fremdländischer Arbeiter geöffnet werden.“
Die Resolution wird ohne Debatte gegen die Stimmen der
Sozialdemokraten und der frei- und jüdd. Volkspartei ange-
nommen.

Eine weitere Resolution verlangt für Anfang der nächsten
Session einen Geleichenwurf, durch den die Besteuerung des Sach-
arins und ähnlicher Stoffe in einer der bestehenden Zuckerrsteuer
und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe ge-
sichert wird.

Die Resolution wird gleichfalls angenommen.
Damit ist die zweite Berathung der Flottenvorlage erledigt.
Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Zweite Berathung der Pest-
konvention, Gesetze betr. Abänderung des Reichsstempelgesetzes und
des Zolltarifs.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands, der dieser Tage in Frankfurt a. M. tagte,
hat bezüglich der Ausstände folgende Entschlüsse ge-
billigt:

„Die christlichen Gewerkschaften verwerfen den Streik nicht
prinzipiell, sehen aber darin das letzte Mittel zur Durchführung
ihrer Aufgaben. Die christlichen Gewerkschaften sehen in dem
Lohnkampf keinen Klassenkampf, vielmehr ein berechtigtes Be-
streben der Arbeiterschaft, ihre Arbeitskraft zu einem günstigen
Preis zu veräußern und suchen letzteres möglichst zu erreichen
durch friedlichen Ausgleich mit den Arbeitgeber. Da erfahrungs-
gemäß die durch heftige Lohnkämpfe errungenen Vortheile bald
wieder verloren gehen, ist thunlichst auf Abschluß fester Verein-
barungen (Kontrakte) zwischen den Arbeiterorganisationen und
den einzelnen Arbeitgebern oder deren Organisation zu dringen,
eventuell Einlegung von Schiedsgerichten zu veranlassen, be-
stehend aus Vertretern beider Parteien. Um planlos, unvorbe-
reiteter Streiks zu verhüten, ist in den Gewerkschaften ein be-
stimmtes Streikreglement einzuführen, welches die Unterstüßung
eines Streiks abhängig macht von der Genehmigung des Vor-
standes der Gewerkschaft. Auskünfte, welche von prinzipieller Be-
deutung sind für die christlichen Gewerkschaften oder sonst einen
in allgemeinen Verhältnissen liegenden wichtigen Grund haben,
sind nach vorheriger Prüfung und Beschlußfassung der Gewer-
kschaftskommission von der Gesamtheit der christlichen Gewer-
kschaften zu unterstügen.“

Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit
wurden folgende Theesen aufgestellt:

„Eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit ist das wich-
tigste Erforderniß, um den Arbeitern die Theilnahme an dem Auf-
schwunge der Kultur, die Pflege des Familienlebens und die Er-
füllung ihrer religiösen Pflichten zu ermöglichen. Aus diesem
Grunde ist 1. ein gesetzlicher Maximalarbeitsstag
von zehn Stunden für alle Berufe zu erheben. 2.
Innerhalb dieser Grenze, entsprechend der Schwere der einzelnen
Berufe, durch besondere Gesetze oder durch die Gewerkschaften
eine Verkürzung der Arbeitszeit anzunehmen oder acht
Stunden zu erstreben. 3. Für besonders gesundheitsschädliche
Berufe sind gesetzliche Bestimmungen herbeizuführen über Dauer
der Arbeitszeit und entsprechenden Wechsel der Arbeit.“

Diese Entschlüsse wurden nach kurzer Debatte der zu
bildenden Gewerkschaftskommission zur Berücksichtigung
überwiesen. Dazu sich die Arbeiter, um diese Forderungen
aufzustellen, konfessionell organisieren, ist ganz un-
verständlich. Das Christenthum hat mit diesen Forder-
ungen nicht das geringste zu thun.

Flottenpropaganda nach Kiel. Die Flottenfrage im
„liberalen Kaiserthum“ Baden scheinen bekämpft zu
sein, in der Flottenpropaganda den höchsten Reiz zu
erreichen. Als vor einiger Zeit die Nachricht durch die

Blätter ging, in Freiburg i. Bg. habe sich ein
Schülerflottenverein gebildet, wollte man die
Nachricht zuerst nicht recht ernst nehmen. Schließlich
stellte sich die Wahrheit der Nachricht heraus, als auch
die Statuten dieses Flottenvereins bekannt ge-
geben werden konnten. Die Sache beschäftigte auch den
badischen Landtag, wo unser Parteigenosse Fendrich
gelegentlich der Unterrichtsdebatte eine scharfe Kritik an
dieser Art politischer Propaganda in der Schule übte.
Der Kultusminister wollte anfänglich der Angelegenheit
keine große Bedeutung beilegen, er lenkte aber später doch
ein, als die nationalliberalen Abgeordneten
Fieser und Rohrkopf die Kritik Fendrichs
unterstützten. Der Kultusminister versprach dann,
Remedur eintreten zu lassen. Um so mehr muß man
jetzt erstaunt sein, wenn schon wieder eine noch weit
tadelnswürdigere Notiz durch die Blätter geht. Am
Karlsruher Real-Gymnasium wurde der
Schülern dieser Tage bekannt gegeben, daß vom 6. bis
10. Juni eine Fahrt nach Kiel zur Besichti-
gung der Kriegsschiffe stattfinden, und daß
72 Karlsruher Schüler an derselben teilnehmen könnten.
Die Kosten dieser Fahrt belaufen sich auf 36 Mark.
Die Schüler werden also zu einer regelrechten Flotten-
wallfahrt mobil gemacht. Die Eltern dieser Schüler
sehen sich zumeist aus Angehörigen des kleineren
und mittleren Beamtenstandes, der fast Jahr für
Jahr um Gehaltserhöhung petitionirt,
zusammen. Mit schwerem Herzen wird mancher Vater
dieser Flottenwallfahrer seinem flottenbegeisterten Jungen
die Moneten zu diesem Agitationsausflug bewilligen,
denn schließlich ist er ja dazu förmlich moralisch ge-
zwungen, je nachdem er sich in einer Stellung befindet.
Wie die „Badische Landes-Zeitung“ mittheilt, ist der
Plan zu dieser Schüler-Flotten-Wallfahrt von der
Großherzogin von Baden ausgegangen, die bei
ihrer letzten Anwesenheit in Berlin die Vermittelung
des Prinzen Heinrich von Preußen dahin erwirkte, daß
einer Anzahl Schüler Karlsruher höherer Lehranstalten
die Besichtigung von Kriegsschiffen im Kieler Hafen ge-
stattet werde. Das Präsidium des Badischen
Landesausschusses des deutschen Flotten-
vereins hat dann die weiteren Geschäfte übernommen.
Auf diese Weise wird also die Politik gewaltthätig in die
Schule hineingetragen. Öffentlich findet sich im Landtag
noch einmal Gelegenheit, energisch gegen diese Art Flotten-
propaganda Verwahrung einzulegen.

Alle Liebe kostet nicht. Der frühere Kanzler in
Amerika, der seines Amtes entsetzte Leist, hat in
Chicago ein Notariatspatent erhalten, obgleich er nicht
amerikanischer Bürger ist. Als nach der Chicagoer
„Freien Presse“ der Gouverneur von Illinois an Leist
die Anfrage richtete, ob er Bürger der Vereinigten
Staaten sei, reichte Leist, um seiner Abweisung zuvorzu-
kommen, seine Entlassung als Notar ein. Das deutsche
Konsulat aber, so berichtet die „Freie Presse“, fährt fort,
Leist, der sich jetzt einen Notar hält, Notariats-Geschäfte
zuzuweisen, wovon sich das Blatt neuerdings durch einen
Berichterstatter überzeugte, der vom Konsulat behufs
notarieller Beglaubigung einer Vollmacht an Leist ver-
wiesen wurde. Im Konsulat sagt man, der Konsul habe
seinerzeit dem Personal mitgetheilt, man wünsche im
Auswärtigen Amt zu Berlin, daß Leist
in jeder Weise begünstigt werde! — An-
scheinend hat sich Leist durch seine „Morithaten“ in Afrika
um das deutsche Reich so verdient gemacht, daß sich noch
jetzt das Auswärtige Amt seiner liebevoll annimmt.

Kleine politische Nachrichten. Der lex Heinze hat
der Bundesrath nach den Beschlüssen des Reichstages am
Donnerstag seine Zustimmung erteilt. Es wäre dringend
zu wünschen, daß der Bundesrath auch andere Beschlüsse des Reichs-
tages ebenso prompt erledigte wie dieses Gesetz. — Der Bundes-
rath hat am Donnerstag einen Zusatzvertrag zu dem Aus-
lieferungsvertrag mit Belgien dem Auschuß über-
wiesen und dem Auschußbericht über die Vorlage, betr. eine Zu-
satzbestimmung zum Vertrag vom 12. September (30. Okt.) 1898
über die Unterhaltung deutscher Postdampferver-
bindungen mit Japan und Australien und dem Auschuß-
bericht über den Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des
Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schiffsgebiete die
Zustimmung erteilt. — Im Wahlkreis Waldenburg
sollten ursprünglich die Wählerlisten bis zum 5. Juni ausgesetzt
werden. Doch wurde diese Frist noch im letzten Augenblick ge-
ändert. Warum? Nun, weil die Sozialdemokraten in einem
Flugblatt die Wähler aufforderten, an den freien Pfingstfeiertagen
die Wählerlisten einzulegen, haben die Behörden den Termin,
wenigstens Pfingsten auch feiern zu können, um zwei Tage ver-
längert. Also erzählt die in Schweidnitz erscheinende konservative
„Tägliche Rundschau“. Wir sind die letzten, die den Beamten es
verargen, wenn sie Pfingsten feiern wollen, aber in diesem Falle
berührt es doch eigenthümlich, daß man zu Pfingsten die Wähler-
listen nicht einlegen lassen wollte. — Das Auswärtige Amt in
Rom erläßt eine Warnung gegen die Auswanderung
italienischer Landarbeiter nach Ostpreußen. Es
heißt in dem Schriftstück, wie die „Post. Ztg.“ berichtet: „Die
Gleichgiltigkeit und Gabsucht der Grundbesitzer
bereite den Tagelöhnern eine so elende Lage, daß die
Lohn-, Nahrungs- und Wohnungsverhältnisse
selbst in Italien besser seien.“ Das ist bitter, sehr
bitter! — Der Polizeipräsident in Hannover machte anläßlich
des Mittwochs im Zusammenhang mit dem Ausbruch der
Straßenbahnangelegenheiten vorgekommenen Unruhen
bekannt, daß in vierzehn Straßen, die am meisten in Mitleiden-
schaft gezogen wurden, sämtliche Restaurationen, Schankwirth-
schaften und Haushalten um neun Uhr Abends geschlossen
werden müssen. — Mittwoch gegen 6 Uhr Abends schlug der Blitz
in den Lagerpulverschuppen Nr. 1 in Fiterbog und zündete.
Gegen 8 Uhr erfolgte unter furchtbarer Detonation und Bildung
einer mächtigen Feuersäule die Explosion. In dem Magazin
lagerten 15 000 Kilogramm Pulver. Das Gebäude ist gründlich
zerstört. Menschenleben sind nicht zu beklagen. — Der „Pinner
Anzeiger“ meldet: Donnerstag früh um 4 Uhr gerieth das Ma-
gazingebäude der Festung Königstein in Brand. Trotz
der schnellen Hülfe verbrannten viele Vorräthe, besonders mili-
tärliche Bekleidungsgegenstände. Ueber die Entstehung des Feuers ist
nichts bekannt. — Der Erste Staatsanwalt in Königs sucht durch
öffentliche Bekanntmachung zwei junge Leute, die am Sonntag,
den 11. März, Nachmittags mit Winter zusammengekommen sind.

Beiden wird eine namhafte Belohnung zugesichert. Zur weiteren Untersuchung ist der Berliner Kriminalkommissar Wehn nach Rom zurückgekehrt. — Der schweizerische Nationalrat hat mit 78 gegen 45 Stimmen beschlossen, bei dem Schweizervolk die Verwerfung des Justiztraktats betreffend die Einführung des Proportionalstimmens für die Nationalratswahlen zu beantragen. — In Pottiers (Frankreich) ereignete sich auf dem Artillerieübungsplatz eine Katastrophe. Ein Munitionswagen mit Granaten, in dessen Begleitung sich 14 Soldaten befanden, explodierte. Die Soldaten sind sämtlich verwundet; 9 von ihnen mußten im Hospital untergebracht werden, 3 haben das Augenlicht eingebüßt.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus hielt Mittwoch seine erste Sitzung nach den Ferien ab. Es fing genau so wieder an, wie es vor Pfingsten aufgehört hat. Die Verlesung der ewig wiederkehrenden czechischen Petitionen und der ihnen beigelegten Broschüren nahm auch diesmal mehrere Stunden in Anspruch, und es ist somit von vorn herein klar, daß auch in dem neuen Sessionsabschnitt die Czechen ihr obstruktionistisches Spiel weiter zu treiben entschlossen sind. Man erwartet, daß es nunmehr zu einem offenen Bruche zwischen den Czechen und den anderen Parteien der Rechten kommen wird. Der Obmann des Polen-Klubs, Abg. v. Jaworski, erklärte, wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, in einem Gespräche mit einem feindlichen Abgeordneten in erregtem Tone: „Es giebt keine Majorität mehr!“ — Mittwoch Abend sollte, wie dasselbe Blatt weiter meldet, eine Konferenz der Obmänner der arbeitwilligen Parteien stattfinden, um über Maßregeln zur Bekämpfung der Obstruktion zu berathen. Es verlautet, Ministerpräsident v. Fürber wolle noch einen letzten Appell an das Abgeordnetenhaus richten.

In der Donnerstag-Sitzung dauerte die Obstruktion fort. Wiederum wurde der größte Theil der Sitzung mit der Verlesung des Einlaufs vertrödet.

Frankreich.

Eine Aktion der Bonapartisten? Wie die „Königliche Ztg.“ meldet, werden in Paris bonapartistischen Kreisen an eine bevorstehende Reise des Prinzen Victor nach England große Erwartungen geknüpft. Eingeweihte wollen wissen, daß der Bonapartismus sich angesichts der allmählich unentwurzbar werdenden innern Lage Frankreichs zu einem Hauptschlage rüste. Geldmittel sollen dank der Opferwilligkeit der Kaiserin Eugenie und einzelner Mitglieder der hohen Geistlichkeit reichlich vorhanden sein. Auch die Jesuiten scheinen diesmal ernstlich an einen Zusammenbruch der parlamentarischen Republik zu rechnen. — Wenn sich die Jesuiten und der Nachfahre der Bonaparte nur nicht verrechnen, falls sie wirklich den Versuch machen sollten, die Republik zu stürzen! Die französischen Arbeiter dürften sicherlich da auch noch ein Wort mitzureden haben.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz liegen nur wenige spärliche Nachrichten vor, meist noch über weiter zurückliegende Ereignisse. Aus Maseru an der Grenze des Bafutolandes wird die Gefangennahme einiger englischen Patrouillen im östlichen Orange-Freistaat gemeldet. Ein Leutnant mit 20 Mann Drabant's Horje wurde bei der Unternehmung einer verächtlichen Farm von den Buren überrumpelt und gefangen genommen. Eine andere Patrouille von 20 Mann der Border Horje wurde bei der Befolgung einer Abtheilung Buren plötzlich von einer andern umzingelt und ergab sich nach einem kurzen Schermüßel, in dem die Engländer zwei Töbte und fünf Verwundete verloren. Die gefangenen Engländer wurden in Hammonia bei Jidsburg mit allen militärischen Ehren von den Buren befreit. Einigen der gefangenen Engländer gelang es nachher zu entfliehen. Major Graf Gleichen mit 13 Mann der Eastern Province Horje wurde ebenfalls abgefangen, doch gelang es zweien seiner Leute, zu entkommen. Eine seltsame Nachricht bringt Loffans Bureau aus Pretoria vom Sonnabend: Auf Buller's Erjuchen (?) wurde ein dreitägiger Waffenstillstand beschlossen (wo und mit wem?). Der Kommandant Christian Botha und Buller trafen sich bei Sains Net und hatten eine Unterredung. Utrecht ist wieder von Engländern geräumt, die sich auf ihr Gros bei Mount Prospect zurückziehen. — Wenn Buller um einen Waffenstillstand nachsuchte, so mußte er doch eine Niederlage erlitten haben. Davon ist aber bisher nichts bekannt geworden.

Das „Bureau Reuter“ meldet aus Newcasile: Historische Erinnerungen binden die Buren an Sains Net. Sie haben sich noch nicht völlig entschließen können, es aufzugeben. Für sieben Kanonen sind Verschonungen aufgeworfen. Es ist aber unmöglich, zu sagen, wie viele Kanonen die Buren haben. Schließlich wird noch berichtet, Präsident Steyn befinde sich an der Spitze bedeutender Streitkräfte westlich von Kroonstad und rüde gegen Lydenburg vor.

Wie dasselbe Bureau meldet, verlautet, die Buren wollten bei Gathery, 12 Meilen von Pretoria an der Bahnlinie nach der Delagoa-Bay, Stand halten, um Zeit zu gewinnen. Die Buren brachten englische Gefangene nach Moutgedacht im Standsthal, das sehr ungesund ist. 1000 Gefangene seien bereits angelangt und werden von 250 Buren bewacht.

Die Verluste des 13. Bataillons der Imperial Yeomanry bei Binsley am 1. Juni betragen: 2 Offiziere und 16 Mann todt, 4 Offiziere und 25 Mann verwundet. Eine Angabe über vermisste Mannschaften enthält die Meldung über die Verluste nicht.

Nach einer Privatmeldung aus Washington lehnte Präsident Kräger das Anerbieten ab, jedem Bürger 100 Acres amerikanischen Grund und Boden anzugeben.

Der Umstand, daß eine große Anzahl englischer Kriegsschiffe in der Delagoa-Bay liegt, wird dahin gedeutet, daß englische Hülfe sofort bereit sein soll, falls Portugal an der Transvaal-Grenze in Schwierigkeiten gerathen sollte. Die Portugiesen sind jedoch, wie sie sagen, selbst genug gewappnet, um allen Eventualitäten zu begegnen.

Der Berichtstatter der „Daily Mail“ im Burenheere, Douglas Story, versichert auf Grund genauer Nachforschungen, daß die Buren niemals mehr als 33.000—40.000 Mann, die wirklich kampffähig waren, zählten und daß niemals mehr als 29.000 Mann im Felde gestanden haben. „Von diesen 29.000,“ sagt Douglas Story, hat höchstens der dritte Theil eigentlich gekämpft. Auf einen, der in der Front stand, kamen immer zwei, die in irgend einem Feldlager warteten. Die 10.000 Tapferen, die sich wirklich schlugen, sind von einer Abtheilung zur anderen und immer dort hin geschickt worden, wo die Noth am größten war. Man darf also sagen, daß 10.000 Mann fünf Monate lang acht britische Divisionen aufgehalten haben. Diese

Helbenschaa besteht aus alten Männern mit grauen Bärten und Jungen, die ihrem Alter nach noch keinen Anspruch auf den Namen Männer haben. Großväter mit ihren Enkeln, Lehrer mit ihren Schülern, Kaufleute mit ihren Angestellten sind es, die bisher Seite an Seite gekämpft und mit antikem Heroismus dem Vordringen der Feinde Widerstand geleistet haben. Die 20.000 Unschlüssigen, die in den Lagern warten, dürfen auch nicht ausschließlich Feiglinge genannt werden, aber jedenfalls sind sie eifersüchtig oder mißvergütet, in zahlreichen Fällen auch träge. Wenn sie in der richtigen Stimmung sind, kämpfen sie mit der größten Tapferkeit, aber der Erfolg muß wahrscheinlich, der Befehlshaber ein Mann nach ihrem Geschmack und die Stellung eine günstige sein. Wenn sie sich in Sicherheit wähnen, liegen sie in ihrem Lager und rauchen, erfolgt dann plötzlich ein Angriff, so werden sie rathlos und wissen nichts Anderes zu thun, als sich auf ihre Pferde zu werfen und davonzujagen! . . .

China.

Der Voyer-Aufstand wird immer besorgnißerregender. Ein Reuter-Telegramm aus Peking von Mittwoch lautet:

„Die Lage verschlimmert sich immer mehr und die fremden Gesandten halten häufig Zusammenkünfte ab. Der englische Gesandte hat telegraphisch um Entsendung von weiteren 75 See-soldaten nachgefragt. Auf die japanische Beschwerde darüber, daß dem Tjungkli-Yamen russische Truppen zur Unterdrückung der Unruhen angeboten seien, ist der japanische Gesandte vom Tjungkli-Yamen benachrichtigt worden, auf den russischen Vorschlag sei erwidert worden, daß die chinesische Regierung die Unruhen selbst unterdrücken könne (?). Heute Abend ist ein Edikt erlassen worden, in welchem die kaiserlichen Truppen wegen Feigheit getadelt und der Oberkommandirende Junglu sowie der Bischof von Tschili beauftragt werden, die Voyerbewegung unverzüglich zu unterdrücken.“

Nach dem Feigheits-Tadelsvotum sieht es mit der gerühmten Fähigkeit der chinesischen Regierung sehr windig aus. Aber vielleicht fehlt es am Willen ebenso sehr wie am Können, denn die Voyer fahren fort, sich bei ihrer Fremdenverfolgung als die eigentlichen Willensvollstrecker der Kaiserin aufzuspielen, und damit haben sie anscheinend auch Recht. — Wie das Bureau Reuter aus Tientsin meldet, ist die Eisenbahnverbindung mit Peking seit Montag unterbrochen. Es herrsche die Ansicht vor, die einzige Art für die fremden Mächte, der unerträglichen Lage entgegenzutreten, bestehe darin, daß sie die Aufsicht über die Linie in die Hand nehmen, bis die chinesische Regierung im Stande sei, die Verbindung mit der Hauptstadt aufrecht zu erhalten. Der Reuter'sche Korrespondent, der Mittwoch mit einem Eisenbahnzuge Tientsin verließ, um nach Peking zurückzukehren, kam bis 32 Meilen von Tientsin. Dort verbot der chinesische General Nitch, der bei Yangtun, 18 Meilen von Tientsin, mit 60 Soldaten den Zug bestiegen hatte, die Weiterfahrt, da die Gegend augenscheinlich von Voyer's wimmelte und die Fortsetzung der Reise gefährlich sei. Der Korrespondent sah überall die Inschrift: „Tod allen Fremden!“ Die Ortschaften an der Eisenbahnlinie standen in Flammen. Nach einem glaubwürdigen Berichte des chinesischen Dieners eines belgischen Ingenieurs, der Paojing vor zwei Tagen mit den Belgiern verließ, sah dieser die Leichen von fünf Fremden und zwei Chinesen im großen Kanal. Plakate waren von den Voyer's angeschlagen, worin gedroht wurde, alle Fremden am nächsten Sonnabend zu töbten. Schließlich meldet noch das Bureau Dalziel aus Shanghai: Die von der chinesischen Regierung zur Unterdrückung des Voyer-Aufstandes ausgeschiedenen Soldaten hatten ganz nahe bei Peking ein Gefecht mit dem Feinde, wobei auf beiden Seiten Viele getöbtet wurden. Es heißt, daß zwischen Burglu, dem Oberbefehlshaber der chinesischen Armee und dem Prinzen Ching Tuan ein heftiger Streit stattgefunden habe. Letzterer befolgt die Vorschriften der Kaiserin - Wittve und unterstützt die Sache der Voyer energisch. Die belgischen Ingenieure, die noch vermisst wurden, sind alle gerettet worden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 8. Juni 1900.

An die arbeitende Bevölkerung Lübeck's!

Ehrenpflicht jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin ist es, die Braunbierbrauerei-Arbeiter moralisch zu unterstützen.

Die Brauer nahmen in ihrer am Mittwoch abgehal- tenen Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammelten versprechen, die Streikenden nach wie vor materiell reichlich zu unterstützen und jetzt, wo der Arbeitgeberverband Hand mit angelegt hat, Alles daran zu setzen, um ihren Kollegen zum Siege zu verhelfen.“ Der heute anwesende Verbands-Vorsitzende Bauer-Hannover hat die Unterstützung des Hauptvorstandes auch weiterhin zugesichert. An den Pranger damit! Für die nationalliberale Presse hat irgend ein Neptil des Ausbeuterthums einen Waschzettel fabrizirt, den natürlich auch die „Lüb. Anz.“ gerne abdrucken. Dort heißt es, daß den weitaus überwiegenden Theil der in diesem Jahre außerordentlich zahl- reichen „Pfingstgäste, die den Becker der Festfreude bis zur Reize leerten, natürlich die Arbeitermassen stellten,

das heißt derjenige Theil des Volkes, der nach den hege- rischen Tendenzlügen der sozialdemo- kratischen Umsturzpresse kaum das trodene Brod zur Fristung seines kümmerlichen, menschenunwür- digen Daseins verdient. Diese „armen, abgerackerten Last- thierte der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung“, so heißt es weiter, haben sich ihr Pfingstvergütungen ein er- fiedliches Stück Geld kosten lassen, und da man doch kaum annehmen kann, daß die Führer die Unkosten aus ihrer eigenen Tasche bestritten haben, so muß doch wohl das Loos der Arbeiter unter dem heutigen System nicht ganz so öde und trostlos sein, als es vom „Vorwärts“ und seinesgleichen geschildert wird.“ — Wie tief muß ein Mensch moralisch verkommen sein, der die harmlose Pfingst- freude der im Schweife ihres Angeichts für das Aus- beuterthum Reichthümer schaffenden Arbeiter also zu ver- höhnen wagt! Und wie berechtigt ist die Entrüstung von Leuten, die eine solche erbärmliche Sudelei wiedergaben, über ihre Gegner!

Wahrheitsliebend. Das Organ für kameradschaftliche Umsturzbe kämpfung an der Obertrave hatte bekannt- lich behauptet, der Genosse Bartels gehöre nicht zur Branche der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, ja nicht einmal zu den verwandten. Hierzu wird uns noch mitgetheilt, daß B. nahezu 4 Jahre in einem hiesigen größeren Kaufmannsgeschäfte, nämlich bei Wild- hagen u. Eggert in der Fleischhauerstraße, thätig gewesen ist, und daß der Verfasser jener Notiz, der sich doch offenbar sehr für den Genossen Bartels interessirt, dies zweifelsohne sehr gut weiß. — Der Vogel, der an der Obertrave aufplatterte, war also eine Ente.

Die Braunbierbrauereiarbeiter schreiben uns: „Immer wieder geht man mit unferen angebliehen hohen Löhnen hausiren. Von unserer Arbeitszeit, die in unferen Forderungen eine weit größere Rolle spielt, schweigt man vorsichtiger Weise. Daß nämlich aus einer Woche recht oft anderthalbe werden, läßt sich eben nicht leugnen. Wir wollen nur anführen, daß z. B. die beiden Bierfahrer des Herrn Gablenz während ihrer Be- schäftigung bei diesem durchschnittlich pro Woche 20 bis 21 Mk. verdienen haben. Davon rechne man die Pro- zente ab, was bleibt dann für die Familie? Ebenda haben jugendliche Arbeiter von 16 bis 22 Jahren elf Mk. pro Woche verdient. Wie können sie davon Kost, Logis und Kleidung bestreiten? Will man uns bekämpfen, dann gebe man hübsch der Wahrheit die Ehre! Das kleidet besser!“

Eine öffentliche Biegeleiarbeiterversammlung findet am Sonntag, den 10. ds. Mts., Nachmittags 3 Uhr, in Moising im Lokale des Herrn Schatt statt. Referent ist Genosse Bartels. Die organisirten Arbeiter werden ersucht, soweit es ihnen möglich, die Betheiligten zum Besuche aufzufordern.

Ein Braunbierkutscher soll nach Angabe der „E.-Z.“ bei Ravensbüsch Dienstag Abend „von einem fremden, anscheinend dem Maurerstande angehörigen Manne“ mit einer Flasche über den Arm geschlagen worden sein. Ob das wahr ist, bleibt abzuwarten, wir wollen nur darauf hinweisen, daß das genannte Blatt die Geschichte unter der Stichmarke „Zum Braunbierbrauerstreik“ auf- stellt. Die Rahe kann eben trotz aller Prügel das Mausen nicht lassen!

Die Eingabe des Lehrervereins wegen Fortfalls der Gehaltsklassen wird vom Bürgerausschuße in der Kommission geprüft. Dieselbe wird aber erst nach der demnächstigen Rekonstitution des Bürgerausschusses gewählt werden.

Eine öffentliche Versammlung der Lasiadie- und Sägemühlensarbeiter, sowie der in Feuerungs- geschäften thätigen Arbeiter, Kutscher u. s. w. tagte gestern Abend in den „Central-Hallen“. Dieselbe war ziemlich gut besucht, da vorher Flugblätter und Laufzettel verbreitet worden waren. An das Referat des Genossen Rask, welcher die Vortheile der gewerkschaftlichen Organisation nachwies, knüpfte sich eine lebhafte Dis- kussion, in welcher die in beiden Gewerben herrschenden Mißstände scharf kritisiert wurden. Eine beträchtliche An- zahl Theilnehmer ließen sich in die Sektion Lasiadie- arbeiter resp. Kohlenarbeiter des Hafenarbeiterverbandes als Mitglieder aufnehmen.

Im Bonhoffprozeß ist die auf heute angesetzte Ver- handlung abermals verschoben worden.

Das zweite Programm der Kanalfreier ist gestern ver- öffentlicht worden. Es mußte bekanntlich eine völlige Umänderung erfolgen, weil der Kaiser erst um 4 1/2 Uhr kommen will. Ausgeschlossen ist dabei durchaus nicht, daß noch eine zweite und dritte Aenderung eintreten muß. Der Kaiser wird den Wall, das alte Thor bei der Navi- gationsschule, den Kanal bis zur Trave, das Burghor- nebst Umgebung, Seibelplatz, Mühlenthor, Bürgermeister- wohnung, Parade, Rathhaus und last not least die halbverbreiterte Holstenstraße zu Gesicht bekommen. Wäh- rend der Kanalfahrt und der auf dem Burghorfeftplatz er- folgenden Ansprache des Bürgermeisters Dr. Klug soll von allen Thürmen Glockengeläute stattfinden. Das Fest- mahl findet um 6 1/2 Uhr im Rathhause und Rathskwein- keller statt. Während der Fahrt des Kaisers sind „Schüler, Gewerke und Vereine“ an beiden Seiten der Passage auf- gestellt. Die Kampfgenossen und Kriegervereine stehen auf der Parade.

Verkauf von Staatsgrund. Das Finanzdepartement ist ermächtigt worden, zwei am Wege von Niendorf nach Lübeck bei Moising gelegene, je 621 pm große Grundstücke an den Techniker Th. Schön und den Zimmer- mann E. Höwing zu 1,50 Mk pro Quadratmeter und gegen Tragung aller Kosten seitens der Käufer abzu- treten.

Dem Zwangsarbeitsbureau wurden im Mai 4 Personen im Alter von 29—52 Jahren wegen Bettelns überwiesen, 3 auf je 24, 1 auf 12 Monate. Es waren je 1 Tischler, Schneider, Brauer und Arbeiter.

Der Kaulfeier halber bleibt die Markthalle am 16. Juni geschlossen. Sie wird dafür am Sonntag den 17. bis 9 Uhr Vormittags geöffnet sein.

Einer ganz infamen Heuchelei haben sich die mecklenburgischen Bäckermeister schuldig gemacht. Auf ihrem in Boizenburg abgehaltenen 27. Verbandstage beschlossen sie nämlich, bezüglich des Maximalarbeitstages bittend vorstellig zu werden, daß bei Übertretungen nicht bloß der Meister, sondern allemal der Schuldige bestraft werden möge, und daß die Anträge auf Bestrafung binnen acht Tagen nach der Übertretung gestellt werden müßten. Die pharisäische Unterstellung, als würden die Gesellen je ohne meisterliche Anordnung über 12 Stunden hinausarbeiten, ist ebenso grotesk, wie der Wunsch, durch Abkürzung der Arbeitszeit vielleicht der Hälfte der Strafen zu entweichen. So etwas bringt nur bürgermeisterliche Ungeniertheit offen zum Ausdruck.

Dem Hypothekensamte sind an Bureaukosten 1690,54 Mark nachbewilligt worden.

Für die Travemünder Fortbildungsschule sind bis zum Winter 1903/4 jährlich 150 Mark Staatszuschuß ausgeworfen worden. Der Vorstand hat jährlich der Oberschulbehörde über den Fortgang der Schule zu berichten.

Organisation der Bühnenproletarier. In Hamburg fand am 30. Mai eine imposante öffentliche Versammlung des technischen Bühnenpersonals statt. Ueber den Werth der gewerkschaftlichen Organisation sprach Genosse Bürger. Die technischen Bühnenarbeiter seien endlich zu der Einsicht gelangt, daß Organisation ihnen bitter noththue, und so habe sich denn in Berlin ein Verband gebildet, der sich bereits über mehr als zehn Städte ausgebreitet habe. Dauernde gewerkschaftliche Organisation bedeute wirtschaftliche Macht, Steigerung des sozialen Ansehens und des sozialen Einflusses der Arbeiter auf unsere gesellschaftlichen Zustände. Die verschiedenen Hinweise des Redners auf das z. B. noch durchaus unsoziale Verhalten der Theaterdirektionen dem gesamten Bühnenpersonal gegenüber und auf den Umstand, daß selbst die Theater als oberste Pflegestätten unserer geistigen Kultur zu Ausbeutungsinstituten sich umgewandelt seien, zur Domäne ausgemachter Profittjäger, fanden unbedingte Zustimmung. Der reiche Beifall, der dem Redner lohnte, sowohl als auch die nachfolgende freie Aussprache über den Vortrag

zeigten, daß der Ruf zur Organisation von allen Anwesenden wohl verstanden und auch beherzigt wurde. An der Aussprache beteiligten sich lange in Dienst stehende Theaterarbeiter und auch eigentliche Bühnengehörige, Schauspieler. Aus der umfangreichen und sehr interessanten Diskussion hoben wir die folgenden Stellen der respektiven Redner hervor: „Die hohen gehörten Worte unterschreibe ich vollständig. Unsere Verhältnisse sind unwürdige. Der Lohn ist viel zu niedrig, die Arbeitszeit zu menschlich lang. Die Arbeitszeit der technischen Theaterarbeiter beträgt ohne jede Übertreibung während der Saison 15 bis 18 Stunden im Durchschnitt. Und nun gar die Behandlung! Der Theaterarbeiter wird beständig mit allen möglichen Kosenamen aus der Zoologie belegt. (Folgt eine stattliche Anzahl von Beispielen.) Als einmal zur Zeit der Herrschaft Polizist ungelungen Ungedultens ein Tapezierer während einer Probe von einer hohen Leiter fiel und sich fast das Genick bei dieser Gelegenheit gebrochen hätte, drehte sich der Bühnengehörige um und donnerte hinter der Szene: Welcher Esel macht denn hier so'n Spektakel? Auf die Mittheilung, daß eben ein Arbeiter einen Unfall erlitten habe, schauzte er weiter: Während der Probe verbitte ich mir so'n Rad auf (Stimmen aus der Versammlung: Ein Gemüths-mensch!) (Große Bewegung.) Derartige Beispiele lassen sich viele anführen, doch lassen wir das heute. Unser Streben muß fortan auf die Organisation gerichtet sein. Folgen wir heute Alle dem Rufe und treten Mann für Mann in die Gewerkschaft ein. (Großer Beifall.) Ein anderer Redner (bekannter Schauspieler), führte etwa das Folgende aus: Die von Herrn kommenden Worte des Referenten sind Ihnen Allen, wie mir, sicher zu Herzen gegangen. Ein fester Zusammenhalt, eine Organisation, hat den Proletariern der Bühne bisher gefehlt, und darum unser elendes Dasein. Wir Alle von der Bühne haben ein gemeinsames Interesse. Wir arbeiten beruflich Hand in Hand, und darum sollten wir Alle auch solidarisch empfinden. Ob Schauspieler oder Sänger, ob Souffleur oder technischer Arbeiter, wir Alle werden ausgebeutet, bis unsere Kraft zu Ende ist, und darum sollten wir Alle an einem Strang ziehen. Der Bühnengehörige in engerem und weiterem Sinne ist ein sehr geplagter Mensch. Aufreibende, nervengrüttende Arbeit sowie ein geringes Einkommen sind sein Loos. Eine geregelte Arbeitszeit und eine angemessene Erholung giebt es für die Mehrzahl von uns nicht. Die einfachen der Handarbeiter haben es mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation und durch rege Theilnahme an der sozialen Bewegung zur Sonntagsruhe und zur neun- bis zehnstündigen Arbeitszeit gebracht. Die Arbeiter anderer Berufe haben den Widerstand gegen die Ausbeutung organisiert. Dasselbe müssen auch wir thun, dann werden unsere Theaterdirektoren schon sozial denken lernen. Hoffentlich werden wir nun eine kräftig aufstrebende Organisation der Bühnengehörigen haben, auf daß unsere Interessen wirksam vertreten werden. (Lebhafter und anhaltender Beifall.) Im selben Sinne äußerte sich noch anderer Redner, die drohende Unfallgefahr wie die sonstige wirtschaftliche und soziale

Mißere des Theaterpersonals berührend, und Alle pläbten begeistert für die Organisation. Sodann wurde folgende Resolution von allen Anwesenden angenommen: „Die heute tagende öffentliche Versammlung aller Branchen der am Theater beschäftigten Personen von Hamburg, Altona und Umgebung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß nur durch eine gewerkschaftliche Organisation eine Besserstellung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden kann. Die Versammelten erklären sich bereit, der Gewerkschaftsorganisation beizutreten und für deren Ausbreitung und Kräftigung zu sorgen.“ Nunmehr ergriß der Vorsitzende das Wort, um den Einigungsgedanken des Bühnenpersonals zu feiern. Unter Hinweis auf den bereits bestehenden Verband mit seinem Sitz in Berlin ermahnte er die Versammelten, das in der Resolution gegebene Versprechen treulich zu halten. Das Bureau wurde beauftragt, bis zur ersten Mittheilungsverammlung die erforderlichen geschäftlichen Angelegenheiten zu ordnen. — Wir empfehlen den Lesern der Interessenten, den vorstehenden Bericht recht aufmerksam zu lesen. Er ist auch für sie überaus lehrreich. Wir erinnern nur an die Differenzen, welche i. Bt. zwischen der Direktion Heinrich und dem technischen Personal ausbrachen, und an die Uebergänge gewissenloser Kritiker.

Vom Radeln. In der Holstenstraße wurde gestern Abend ein fünfjähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren und erlitt Verletzungen an Arm und Kopf. Der Fahrer ward nicht. Einen ähnlichen Unfall hatte ein etwa dreijähriges Kind in der Ernestinenstraße. Es wurde am Kopfe verletzt. Ein dritter Fall wird aus der Breitenstraße gemeldet, wo ebenfalls ein kleines Kind unter das Rad gerieth und der Fahrer zur Wache gebracht wurde.

pb. Durch Feuer zerstört wurde am Mittwoch Abend gegen 11 Uhr das Gewebe des Landmannes Steinhagen in Tvenborn. Man vermuthet Brandstiftung.

An Staatssteuern und Abgaben sind im Mai eingegangen: Einkommensteuer 369 779,95, Eisenbahnsteuer —, Erbschaftsteuer 6 175,09, Veräußerungsabgabe 29 171,65, Stempelabgaben 9 951,40, Schiffsabgaben 33 902,71, zusammen 448 981,70 Mk., gegen das Vorjahr 28 747,04 Mk. mehr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 7. Juni

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 550 Stück. Preise: Versandschwein, 44—45 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 35—40 Mk. und 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir erlauben unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lüberker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Wünschen sich auf unser Blatt zu berufen.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 1 1/2 Uhr starb uns unser kleiner Friedrich, infolge einer schweren Krankheit, im Alter von 1 1/4 Jahr.

Dieses zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Geschwister. **Heinrich Wulf u. Frau** Lübeck den 8. Juni 1900. geb. Schütt.

Zu vermieten ein Logis.

Dornestrasse 41. II.

Zu vermieten ein möbirtes Zimmer

an einen jungen Mann mit Morgens Caffee. Düvelnstraße 8, 1. Etg.

Zu vermieten ein möbirtes Zimmer.

Engelswisch 4.

Zu verkaufen 2 große Myrthenbäume.

Engelsgrube 20/11.

Zu verkaufen 1 Ledersofa (Preis 6 Mk.) 1 Gartenbank (Preis 4 Mk.)

Düffere Uferstraße 6.

Billig zu verkaufen ein guterhaltener Kinderwagen

Engelsgrube 18, 1. Etg.

Zu kaufen gesucht 1 guterhaltener Puppenwagen.

Mittelstraße 2.

Gesucht alle 14 Tage eine tüchtige Waischfrau

zu Anfang der Woche. Wallenstraße 23

Gesucht zu sofort ein tüchtiger Schuhmachergehilfe

Woch 21 Nr. 25. St. Lorenz-Brühlstraße 45.

Hausdiener

gut. Lohn. **Daniel Schlesinger Nachf.**

ii. Schenklich, jedes Kilo 60 Pfg., Schweinefleisch 55 Pfg., Lamm u. Schwein 20 Pfg., bide Fleisch 50 Pfg., geräuch. Mettwurst 50 Pfg., gef. Mettwurst u. Leberwurst 70 Pfg., Rothwurst u. Brühwurst 50 Pfg., frisches Kopfschinken 30 Pfg., Kuchente (gebackt und geräuch.) 40 Pfg., ii. Aufschnitt empfiehlt **M. Lantz, Süttgerstraße 16.**

Gute Cigarren, 100 Stück 2,90 Mk.

Johannisstr. 17—19

Empfehlungs-Karten

best. prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Bestandtheiliger Arbeiter: Otto Friedrich.

Bestandtheiliger für die Natur „Lüb. und Nachbargelände“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kahl.

Bestandtheiliger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedrich Meyer & Co. — „Sammtliche in Lübeck

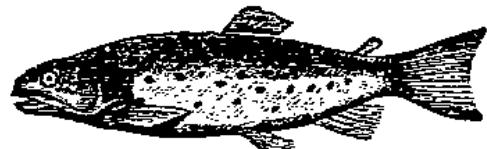
Habe mit dem heutigen Tage eine

Schlosserei

eröffnet und halte mich in vorkommenden Arbeiten bestens empfohlen.

Aufträge werden prompt und gut ausgeführt.

Hochachtungsvoll **J. Blöss, Böttchergrube 73.**



Offenre Sonnabend frisch eintreffend: Lebend frische Schellfisch Pfd. 30 Pf.

=	=	Kleis	=	40 =
=	=	Rothzungen	=	50 =
=	=	Brachsen	=	40 =
=	=	Schollen	=	40 =
=	=	Steinbutt	=	80 =
=	=	Heilbutt	=	50 =

Vorzüglich zum Braten und Kochen:

Feinste Fischkarbonade

Pfd. 50 Pfg.

Lebende Schleie u. Aal

empfehlen

J. C. H. Boy

Markthallen-Stand 46/47. Telephone No. 115.

NB. Sonnabend Abend Markthallen-Stand 46/47 von 6—9 1/2 Uhr Abends.

Möbelfachern

empfehle ich mein wirklich großes und completirtes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folkers' Möbel-Magazin

25 Karlestraße 25.

Bauplätze!

In Fahrenburg sind unter günstigen Bedingungen noch einige Bauplätze abzugeben.

Auf Wunsch werden Bauscheitungen gegeben.

C. Michaelsen, Holstenstraße 33.

Gesucht ein Stadtkundiger Kutscher

für Flaschenbierwagen.

Adler-Brauerei.

Fabrik-Preise

Empfehle: Chevrons, Loden, Tuch- und Buckskin, pr. Meter von 2 Mk. 80 Pf. an.

H. Bössel, Hühner 37

Bratenschmalz

vorzüglicher Güte Pfd. 50 Pfg., empfiehlt

Heinr. Viereck, Hühner 96.

Wein und Spirituosen

in vorzüglicher Qualität — auch im Kleinverkauf — empfiehlt

Heinr. Cords J. P. H. Grube Nachf.

35 Engelswisch 35.

Lübecker Pöle

empfehlen

Paul Würzburg

14 Markt 14

Verloren

am 1. Festtage ein buntes Mantelstück.

Wiederbringer gute Belohnung. Wielandstraße 9a.

Ein guterhaltener Kachel-Ofen

billig zu verkaufen. Großer Kieken 4.

Arbeiter.

So billig wie bei jeder Konkurrenz kaufen Sie Ihren Bedarf in

Herrn- u. Knaben-Garderoben

u. Arbeiter-Kleidungsstücken

sowie auch Arbeiter-Fußzeug, nur alles feste Handarbeit und aus bestem Material hergestellt

Marlestraße 38.

Achtung Bäcker!

Mitglieder-

Versammlung

am Sonntag den 10. Juni 1900

Nachmittags 3 Uhr. im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Lübeck.)

Sommer-Fest

bestehend in Concert und Ball, verbunden m. Preisschießen für Herren, sowie Damen- u. Kindervergnügen

am Sonntag den 17. Juni 1900

im Lokale des Herrn Dassler „Colosseum“.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe frei.

Es ladet freundlichst ein

Club Fidelitas.

Ausflug

per Sonderzug nach Eutin

am Sonntag den 10. Juni 1900.

Ab Lübeck 1 Uhr 40 Min. Mittags. Ab Eutin 11 Uhr 20 Min. Abends.

Die Fahrkarten sind bis zum 10. Juni, Morg. 9 Uhr, beim Kassenführer Herrn Callies, Kupferschmiedestraße 24, zu entnehmen.

Fremdenpreis 1,50 Mk. Vereinszeichen sind anzulegen. Der Vorstand.

Dritte Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Former und Berufsge nossen.

Die Generalversammlung wurde Montag Vormittag 11½ Uhr in Tütsches Etablissement in Hamburg eröffnet. Nachdem Engelmann-Hamburg die Delegierten begrüßt, der Gesangsverein der Former ein Lied vorgetragen und der Verbandsvorsitzende Th. Schwarz einen geschichtlichen Überblick der Formerbewegung in Deutschland gegeben hatte, wurde die Bureauwahl vorgenommen. Zu Vorsitzenden wurden Sidener-Köln und Bremer-Lübeck, zu Schriftführern Heimer-Geminitz und Clausen-Hamburg gewählt. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1) Konstitution der Generalversammlung und Wahl der Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungs-Kommission. 2) Wahl des Bureau's. 3) Bericht des Hauptvorstandes. 4) Bericht vom Ausschuss und von der Revisions- und Preis-Kommission. 5) Die Vereinbarungen mit dem Metallarbeiterverband. 6) Unsere fernere Taktik bei Streiks und Aussperrungen. 7) Agitation. 8) Statutenberathung und Anträge. 9) Neuwahlen. 10) Verschiedenes. Anwesend waren 60 Delegierte mit gültigen Mandaten. Als Vertreter der Generalkommission ist Genosse Paepow erschienen, als Gast, der Vorsitzende des deutschen Formerbundes, Genosse Suhr-Kopenhagen, der brüderliche Grüße überbrachte. Sodann erstattete Schwarz den Bericht des Hauptvorstandes, dem wir folgendes entnehmen:

Die Organisation hat seit 1895 erfreuliche Fortschritte gemacht; sie hat seit dieser Zeit einen Mitgliederzuwachs von 5559 zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1899 etwa 10 500 betrug. Nach genauer Berechnung beträgt die Mitgliederzahl zur Zeit rund 11 000. Insgesamt sind in Deutschland 49 225 Former und Eigengießer und 15 851 Hilfsarbeiter thätig. Es sind mithin 16 pCt. der im Berufe beschäftigten Arbeiter im Zentralverband organisiert. Zieht man nur die Former in Betracht, so ergibt sich, daß 20 pCt. sämtlicher Former Deutschlands dem Verbands angehören. Im Berichtsjahre betrug die Zahl der Verwaltungsstellen 144, gegen 62 in 1895. Gleichen Schritt mit der Ausdehnung des Vereins hat dessen finanzielle Leistungsfähigkeit genommen. Für Agitation wurden 1899 3065,21 Mk. verausgabt. Deutschland ist in eine Anzahl Agitations-Bezirke eingetheilt, welche von ad hoc eingesetzten Kommissionen planmäßig bearbeitet werden. Einen breiten Raum in dem Bericht nahm das Kapitel Streiks ein. Noch nie seit dem Bestehen des Vereins ist eine so lebhafteste Streikbewegung zu verzeichnen gewesen, wie in dem Berichtsjahre. In 53 Orten waren Differenzen zwischen den Eisengießereiarbeitern und den Unternehmern ausgebrochen. In 30 Orten wurden die entstandenen Differenzen nach kurzen Verhandlungen beigelegt, ohne daß die Hauptkassse in Anspruch genommen zu werden brauchte. In 28 Streikorten war der Erfolg nicht immer befriedigend. Resultatlos verliefen die Streiks in 8 Orten. Die Zahl der Ausständigen betrug insgesamt 1321, die Gesamtdauer des Streiks 229 Wochen. Die Ausstände haben im Berichtsjahre eine Summe von 124 959,17 Mk. erfordert, wovon die Hauptkassse 89 601,47 Mark leistete. Der Reservefonds stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 86 182,92 Mk. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 11 628,16 Mk. verausgabt. Die Gesamtaufgabe des Vereinsorgans „Glück auf!“ ist entsprechend der Zunahme der Mitgliederzahl gestiegen, und zwar um 44,9 pCt. Das Organ bedurfte eines Zuschusses von 11 932,22 Mk. In der Gesamtabrechnung des Zentralvereins pro 1899 sind auf der Einnahme- und Ausgabe Seite 157 761,42 Mk. aufgeführt.

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(21. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Beim Koupieren eines Spiels mit geränderten Karten — das und kein anderes hatte Rudolf kurz zuvor dem Oberstleutnant überreicht, nachdem Bourgeois mit absichtlichem Ungeschick Karten aus dem ersten Spiel hatte zu Boden fallen lassen — hatten sich die Handeindrücke der gezeichneten Karten deutlich auf der weichen Masse abgedrückt.

Mit der Lupe überlief Rudolf die haarfeine Zeichnung auf der Piste. Nun wußte er — jeder Irrthum war ausgeschlossen — wie die Karten in der Hand des Banquiers lagen.

Rasch entzündete er die Zigarette, die ihm zum Vorwand gedient hatte, um an den Kamin zu treten, und ging an den Tisch zurück.

Niemand hatte ihm nachgesehen. Niemand sah jetzt zu ihm auf.

Nur einen eigenthümlichen Blick zwischen Robius und Bourgeois glaubte er aufzufangen. Aber das war ja wohl Einbildung. Was sollten die Beiden denn mit einander haben?

Eine kurze Weile sah Rudolf, ebenso gespannt wie die Anderen, auf die Hände des Banquiers.

Die Karten fielen genau in der Reihenfolge, wie sie nach den Eindrücken auf seiner Piste fallen mußten.

Ein triumphirendes Lächeln spielte um Rudolf's Lippen.

Weber sein Gedächtniß, noch seine Kaltblütigkeit hatten ihn im Stich gelassen.

Dem Oberstleutnant blieb das Glück noch immer treu; fast alle Karten fielen zu Gunsten des Banquiers.

Simmer höher häuften sich Gold und Banknoten.

Das Bankkonto beträgt 11 139,60 Mk. Der Referent erläuterte eingehend diesen Bericht und machte den Vorschlag, einen Reservefonds in Höhe von 100 000 Mk. anzulegen. Als nachahmenswerthes Beispiel führte er die Bergedorfer Kollegen an, die zum Reservefonds einen Beitrag von 24 Mk. pro Kopf im Berichtsjahre geleistet hätten. Am Schlusse seiner Ausführungen ersuchte er die Zahlstellen, pünktlich abzurechnen. Den säumigen Zahlstellen mußte die Berechtigung auf Empfang von Streikunterstützung ab-erkannt werden. Redner ersuchte die Delegierten, für die Interessen des Zentralvereins ganz energisch einzutreten. (Beifall.)

Darauf wurde die Versammlung auf Dienstag Morgen verlag.

Dienstag wurde zunächst der Bericht des Hauptvorstandes zur Diskussion gestellt. Alsdann erstattete Clausen-Hamburg den Ausschussbericht.

Gegen den Hauptvorstand sei keine Beschwerde eingelaufen, ebenso hätten die Ausschussmitglieder nichts gegen die Thätigkeit des Vorstandes einzuwenden. Hauptvorstand und Ausschuss hätten mehrere gemeinschaftliche Sitzungen abgehalten, in denen eine große Anzahl Gegenstände erledigt worden sei.

Den Bericht der Revisions-Kommission erstattete Dietrich-Braunschweig, welcher beantragte, dem Vorstand Decharge zu ertheilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf gelangte Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Vereinbarungen mit dem Metallarbeiterverband“, zur Verhandlung. Zum besseren Verständniß für unsere Leser lassen wir kurz die Vorgeschichte dieser Angelegenheit folgen. Der Ostern 1899 in Gollha stattgefundene Formertag nahm folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die Former und Berufsge nossen Deutschlands in zwei Organisationen getrennt sind, was zur Folge hat, daß ihnen der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber dem Kapital bedeutend erschwert wird, beschließt der Formertag, eine Kommission zu wählen, welche gleichmäßig von beiden Organisationen zusammengesetzt ist und die mit den Vorständen beider Organisationen in Verbindung zu treten hat, um die geeignete Form zu finden, unter der sich beide Theile zusammenschließen können.“

Die auf dem Gothaer Formertage gewählte Sechserkommission, der es bekanntlich zur Aufgabe gemacht worden ist, einen Vorschlag auszuarbeiten, auf dessen Grundlage eine Verschmelzung der im F. B. d. F. u. i. w. und im D. M. A. B. organisierten Former und Gießereiarbeiter möglich wäre, hat sich in ihrer letzten Sitzung am 28. Dezember 1899 in Hamburg auf nachstehenden Vorschlag geeinigt:

- 1) Unter der Voraussetzung einheitlicher Beitragsleistungen wird von den Mitgliedern des D. M. A. B. sowie des F. B. d. F. u. i. w., von den Ersteren natürlich nur insoweit, als sie in Eisen- und Metallgießereien beschäftigt sind, eine Reichssektion der Former und Gießereiarbeiter Deutschlands gebildet. Die Sektionsmitglieder sind Mitglieder des D. M. A. B.
- 2) An der Spitze dieser Reichssektion steht ein von den Sektionsmitgliedern zu bestimmender Sektionsvorstand, derselbe ergänzt den Hauptvorstand des D. M. A. B.
- 3) Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, sowie die unter § 2 c im Statut des D. M. A. B. angeführten Unterstüßungen, mit Ausnahme des Rechtsschutzes, werden durch den Hauptvorstand geregelt.
- 4a) Zur Deckung der für diese Unterstüßungen erforderlichen Mittel wird ein entsprechender Prozentsatz von den obligatorischen Beiträgen von der Reichssektion an die Hauptkassse des D. M. A. B. abgeführt.
- 4b) Weitere Ausführungsbestimmungen bleiben den zu-

jammenezuführenden Vorständen unter Hinzuziehung der Sechserkommission vorbehalten.

5) Ueber alle Angriffsstreiks, soweit dieselben von den Sektionsmitgliedern geplant werden, entscheidet der Hauptvorstand in seiner Gesamtheit.

6) Dagegen unterliegen Abwehrstreiks, Gewährung von Rechtsschutz u. dgl. lediglich der Kompetenz des Sektionsvorstandes; desgleichen die Agitation, jedoch mit der Verständigung des gesamten Hauptvorstandes.

7) „Glückauf“ wird Publikationsorgan der Reichssektion und erscheint als Beiblatt zur „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung.“

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes gab unter Vorbehalt einiger Differenzpunkte eine zustimmende Erklärung ab, während der Vorstand der Formerorganisation es ablehnte, auf Grundlage vorstehender Bestimmungen an den mündlichen Verhandlungen theilzunehmen. Die Kommission trat hierauf, um die Sache nicht scheitern zu lassen, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in Verhandlungen ein, die zu dem untenstehenden Vereinbarungsentwurf geführt haben.

Als erster Redner ergriff Münzner-Lübeck das Wort, der zunächst die Vorgeschichte der Einigungsbestrebungen schilderte, welche vielfach auf Widerstand gestoßen seien. Redner wendete sich gegen eine völlige Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, was zur Folge haben würde, daß sich nur ein Theil der Former diesem Verband anschließen würde. Ein anderer Theil würde sich vielleicht wieder in lokalen Verbänden zusammenfinden, was ebenfalls nicht von Vortheil sein würde. Der Referent empfahl die Annahme des Vereinbarungsentwurfs:

Zwischen dem Vorstande des Zentralvereins der Deutschen Former und dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird zur Erzielung einer größeren Aktionsfähigkeit beider Verbände Folgendes vereinbart:

- 1) Streiks, Lohnbewegungen u. dgl. Die Anerkennung von Lohnbewegungen, Aussperrungen und Streiks, sowie die Verhängung der Sperre erfolgt, sofern Mitglieder beider Verbände in Frage kommen, durch vor der Arbeitsniederlegung zwischen beiden Vorständen herbeizuführende Verständigung, eventuell auf Grund einer von Vertretern beider Verbände stattgefundenen Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse. Vor der Entscheidung der beiderseitigen Vorstände darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden. Die Unterstüßung ihrer an Ausständen theilnehmenden Mitglieder regelt jede Organisation selbst nach ihren Statuten, dagegen unterliegt die Durchführung und Beendigung von Ausständen der Verständigung und Beschlußfassung beider Vorstände.
- 2) Bezüglich aus der Organisation Ausgeschlossener. Zwischen beiden Organisationen findet von Zeit zu Zeit ein Austausch der Listen der wegen Schädigung von Verbandsinteressen ausgeschlossenen Mitglieder statt und darf kein Verband einen von dem anderen Verband aus obigen Gründen Ausgeschlossenen aufnehmen.
- 3) Bezüglich Uebertritts. Der Uebertritt von einer Organisation zur anderen steht den Mitgliedern beider Organisationen, sowohl einzeln wie als Verwaltungsstellen (Zahlstellen), frei, ebenso soll jeder Organisation die Aufnahme übertretender Mitglieder, einzeln und als Zahlstelle, im Allgemeinen freigestellt bleiben. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf Mitgliedschaft und Verwaltungsstellen, die wegen momentaner Mißstimmung gegen ihre Verbandsleitung oder deren Vertreter übertreten wollen, bleibt dem Taktgefühl jedes Vorstandes überlassen.
- 4) Bezüglich Extrabeiträge und Sammellisten. Die Regelung des Sammellistenwesens bezw. der Erhebung von Extrabeiträgen hat in den einzelnen Verwaltungsbezirken beider Organisationen durch Verständigung

Nun zog der Banquier unmittelbar hinter einander Dube, König, Mß.

Rudolf hielt den Athem an.

Noch eine Sekunde und das Spiel würde sich mit einem einzigen Schlage wenden.

Noch wurde die Dame zu Gunsten des Banquiers gezogen, dann rief Rudolf „va banque auf das Mß!“

Bögernd zog der Oberstleutnant ab, das Mß hatte gewonnen, die Bank war gesprengt.

Mit einem Schlage hatte Rudolf ein Vermögen gewonnen, der Oberstleutnant mehr verloren, als er sein ganzes Leben lang sein genannt hatte.

Der alte Soldat war ein wenig blaß geworden, sonst aber hatte er sich bei dem plötzlichen Sturz ganz tapfer gehalten.

Auch der glückliche Gewinner eines Vermögens hatte keinen Augenblick seine Kaltblütigkeit verloren. Nur zu Bourgeois herüber hatte er einen beredt-verheißungsvollen Blick geworfen.

Der aber sah gar nicht nach ihm hin, sondern sprach eifrig auf Robius ein.

„Er läßt sich heute angelegen sein“, dachte Rudolf.

„Er soll nicht zu kurz kommen. Ich will es ihm geben.“

Nachdem die erste Aufregung unter den Pointeurs vorüber war, und der Oberstleutnant seinen Platz verlassen hatte, wurde Rudolf bestürmt, die Bank zu übernehmen.

Nach mancherlei Bögem und Widerreden bequemente er sich, scheinbar widerwillig, dazu.

Er begann mit gewöhnlichen Karten, und ohne den leisesten Versuch zu machen, das Glück zu korrigiren, ließ er dem Spiel seinen wechselnden Lauf.

Nach etwa einer halben Stunde befiel ihn wieder jener leichte Fieberreiz, mit dem er schon einmal, bald nach Bourgeois' Ankunft, gekämpft hatte. Wieder preßte er das Taschentuch einen Augenblick lang gegen die Lippen.

Fast in der gleichen Sekunde stieß der Franzose unmerklich gegen die Hand seines Nachbarn zur Linken, dem Jim soeben ein Glas Claret gereicht; dem jungen Manne, der mehr auf Rudolfs Hände, denn auf sein Glas gesehen, entfiel der Kelch und ein breiter rother Strom ergoß sich über den Tisch und verdarb eine bedeutende Anzahl der Karten.

Der Uebelthäter, ein kleiner deutscher Kaufmann, war in der peinlichsten Verlegenheit.

Rudolf sah erst jetzt bei den gestammelten Entschuldigungen des jungen Mannes von seinen Karten auf.

„Aber ich bitte Sie, mein Vetter — was hat denn das zu sagen? Den Schaden wollen wir gleich repariren. Jim!“

„Sir“ —

„Auf dem Kamin — linker Hand neben dem Zigarettenfaßchen, liegt ein neues Spiel Karten — ins Feuer mit diesen.“

Seit Rudolf die Bank hielt, hatte sich eine geradezu übermüthige Stimmung der Gesellschaft bemächtigt, eine Stimmung, welche Rudolf selbst, der sich nach dem Gewinn von Tausenden, die er wohlverwahrt in der Tasche trug, äußerst wohl befand, auf Trefflichste zu schüren wußte. Whisky, Brandy und Sekt, zu dem man neben dem Claret immer eifriger übergegangen war, trugen nicht das Wenigste dazu bei, die übermüthige Laune und den Spielrausch von Minute zu Minute höher zu treiben. Rudolf sah, nachdem Jim ihm das neue Spiel vom Kaminsims gereicht, einen Augenblick scharf prüfend auf die Spielgesellschaft.

Dann bewegte er den Kopf mit einer kleinen, kaum merkbaren, zustimmenden Bewegung. Ja, jetzt durfte er's wagen, sein kühnstes Spiel, das Spiel mit der gestochenen Karte zu spielen. Bei diesem Spiel erst, das seine ganze Geschicklichkeit und seinen vollen Scharfsinn forderte, war er in seinem eigentlichen Element.

Er arbeitete mit förmlicher Virtuosität. Er bediente

beider Verwaltungen in der Weise zu erfolgen, daß jeder moralische Zwang seitens der Mitglieder des einen Verbandes auf die Mitglieder des anderen Verbandes zur Zeichnung auf Listen der ersteren, oder zur Leistung von Extrabeiträgen an erstere und umgekehrt vermieden wird.

- 5) Bezüglich Presse und Agitation. Die vertretenen Vorstände verpflichten sich, künftighin in Wort und Schrift Alles zu vermeiden, was geeignet ist, gegenseitig Antipathie, Mißstimmung und Mißtrauen hervorzurufen oder zu schüren.

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, an welcher sich Boller-Nel, Grenz-Leipzig, Schwarz-Lübeck, Plat-Berlin und Jensen-Flensburg betheiligten, worauf alsdann die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt wurde.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Bäckerstreik in Berlin und seinen Vororten gilt als unvermeidlich. Die Lohnkommission der Bäcker hat den Meistern am Dienstag eine Reihe von Forderungen überreicht, deren Bewilligung sie vom nächsten Freitag ab verlangten. Die Gehilfen fordern Abschaffung von Post und Wohnung beim Meister gegen eine Entschädigung von wöchentlich 12 Mk. Lohnzuschlag, sowie Gewährung eines Mindestlohns von 21 Mk. und Berechnung der Ueberstunden mit 50 Pct., ferner eine Freimacht für jeden Gejellen an den drei Haupt-Feiertagen. Außerdem sollen sich die Meister verpflichten, ihre Arbeitskräfte nur vom Arbeitsnachweis der Lohnkommission der Bäckergehilfen zu beziehen. Zur Vermeidung des Streiks hat der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts seine Vermittelung angeboten. Die Vertreter der Gehilfen haben ihm ihre Forderungen vorgetragen und dann auf seinen Rath das Einigungsamt angerufen. Die Obermeister der beiden Berliner Innungen sind hierbon in Kenntniß gesetzt worden, um auch die Innungen zur Annahme des Einigungsamtes zu veranlassen. Darauf haben am Mittwoch Einigungsverhandlungen zwischen den Meistern und Gehilfen begonnen, die am Donnerstag fortgesetzt wurden. Vor dem Einigungsamt wurde festgestellt, daß mehr als 2000 Bäckereibetriebe mit über 5000 Arbeitern an einem allgemeinen Ausstand theilnehmen werden. — Die Maurer in Spandau streiken, desgleichen die Maurer und Bauarbeiter in Halberstadt. — Der Holzarbeiterstreik in Krefeld hat nach neunwöchentlicher Dauer mit einem Vergleich geendet. Erreicht wurde eine täglich halbstündige Arbeitszeitverkürzung nebst entsprechender Lohnerhöhung. — Die Elberfelder Färbereiarbeiter, welche sich seit 12 Wochen im Ausstand befanden, haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß Unterhaltungsgehalt nicht mehr zu beschaffen waren und die Gehaltskompensatur in der Färbereibranche zur Zeit ungünstig ist. In Folge dessen, sowie angeichts der Thatsache, daß die Färbereibetriebe durch den Streik manchen Kunden verloren haben, sind von den 320 Ausständigen 70 bis 80 wieder eingestellt worden. — Die Former Nürnbergs streiken seit längerer Zeit im Streik. Die Fäberrbeitsbesitzer lehnten es wiederholt ab, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Sie begründen ihr Fernbleiben damit, daß sie die Forderungen der auswärtigen Konkurrenz wegen nicht bewilligten könnten. Zugut ist streng fernzuhalten. — Die Holzmöbelfabrik von Ballin in München sucht Möbelschreiner. Die Münchener Schreinermeister haben die Forderung um Einführung des Neuntundentages abgelehnt und beschlossen, falls die Gehältern auf ihrer Forderung bestehen, sämtliche Holzarbeiter auszusperren. Wir eruchen die Schreinergehilfen, hiervon Notiz zu nehmen. Die Lohnkommission der Holzarbeiter Münchens. J. A. A. Rath, Geierstr. 3, 1.

Der achtstündige Arbeitstag für die vom Staat beschäftigten Arbeiter ist vom norwegischen Storting abgelehnt worden. Die Frage stand seit einigen Jahren schon auf der Tagesordnung, und es sind auch bei verschiedenen Staatsverwaltungen längere Versuche in dieser Richtung gethan worden. Am Sonnabend sollte nur das Storting einen Beschluß in dieser Sache fassen, indem der Sozialausschuß den Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die staatlichen Arbeiter und auf Bewilligung von 20 000 Kronen für diese Zwecke eingebracht hatte. Das

sich des „Scharfzichens“ und wußte bei jedem Abzug, ob die zweite Karte für den Pointeur glücklich schlagen würde.

War es der Fall, so schob er dieselbe, nachdem er die erste abgezogen und links vor sich niedergelegt, mit dem linken Daumen ein wenig über den Rand des in der Hand gehaltenen Kartenspiels hinaus, zog mit dem rechten Daumen die dritte Karte hervor, legte dieselbe an Stelle der — nicht gezogenen — zweiten als Treffer auf den Tisch, während die ursprüngliche zweite nunmehr als dritte — jetzt wiederum erste — zu Gunsten des Bankiers niedergelegt wurde.

Etwa eine halbe Stunde lang hatte Rudolf mit der gehobenen Karte Bank gehalten. Um die Spielwuth immer neu zu entfachen, hatte er dann und wann einen Treffer für die Pointeurs auf den Tisch gelegt, als ihm plötzlich, gerade als er wiederum im Begriff war, durch fälschliches Abziehen einen bedeutenden Gewinn an sich zu bringen, ein heftiger Ruck ihn rückwärts an seine Stange schlug und eine heftige, verzweifelte Stimme rief an seinem Ohre:

„Nehmen Sie sich in Acht. Sie sind durchschaut. — Wenn Sie mir und Bourgeois nicht ganz zu Willen sind, schide ich Ihnen binnen jetzt und einer halben Stunde die Polizei auf den Hals. Geben Sie die Bank ab, auf der Stelle — oder ich erlaube Sie vor all Ihren Gästen — das Uebrige wird sich nachher finden.“

„Huch, verflucht!“, murmelte Rudolf zwischen den Zähnen, ohne eine Miene zu verziehen. Nur seine Farbe veränderte sich so, daß er seinen Schweißhändeln gleich bis in die Kuppen ward. Von allen Anwesenden schenkte nur der Oberstleutnant, dem das Pointieren kein überflüssiges Vergnügen machte, nachdem er die Anregungen des Bank-

Storting lehnte jedoch den Antrag mit 74 gegen 33 Stimmen ab.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein interessanter Fund ist, wie die „Erforscher Nachr.“ melden, in Dandorf gemacht. Dort fanden vor einigen Tagen Arbeiter beim Dorfstechen eine gut erhaltene Leiche im Moor, welche mit einem groben, wollartigen Stoff bekleidet war, rothes Haar hatte und Sandalen an den Füßen trug. Dr. Splith aus Kiel schätzte das Alter der Leiche auf etwa 1500 Jahre. Schon vor einigen Jahren fand man in der Nähe des jetzigen Fundortes mehrere Münzen, welche nach Untersuchung Sachverständiger ebenfalls aus den ersten Jahrhunderten nach Christi stammten. Der Fund wird dem Museum für vaterländische Alterthümer einverleibt. — Aus Konig wird gemeldet, daß der Landrath im Levischen Hause Gensdarmerei einquartieren ließ, weil ein Anschlag der Arbeiter befürchtet wird. Zu Kravallen ist es am Donnerstag v. M. anlässlich des Jahrmärktes nun auch in Schlochau gekommen. Der durch die Demolirungen verursachte Schaden wird auf mehr als 1000 Mk. geschätzt. Wie verlautet, sind einige zwanzig Ruhestörer und Demolanten bei der Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruchs zur Anzeige gebracht. Weitere Ausschreitungen sind durch die Maßnahmen des Landraths verhindert worden. — Ein Unfall unter merkwürdigen Begleiterscheinungen ereignete sich auf dem Felde bei Schweidnitz in Schlesien. Dort arbeitete unter Aufsicht eines Mannes eine Anzahl Knaben auf einem Felde hinter dem Bahnhof „Niederstadt.“ Der Himmel war zwar bedeckt, doch war von einem nahenden Gewitter nichts zu merken. Plötzlich juckte aus den Wolken ein Blitz hernieder und traf den dort beschäftigten 11 Jahre alten Augustin Franze, der sofort todt war. Der Blitz hatte gleichzeitig noch zwölf andere Knaben, die in der Nähe von Franze arbeiteten, betäubt und zu Boden geworfen. Auch der Aufseher fiel bewußtlos zur Erde. Als er wieder zur Besinnung kam, sah er alle zwölf seiner Aufsicht unterstellten Knaben, welche sich auf einer etwa 20 Quadratmeter großen Fläche befanden, auf der Erde liegen. Durch Rätteln brachte er jene zwölf wieder zum Bewußtsein zurück. Bei Franze zeigte die Leiche eine Verletzung am Kopfe, die Augenbrauen und das Kopshaar waren angelöst. — Sonntag Nacht wurde in zahlreichen Orten des Unter- und Oberelsaß ein heftiges Erdbeben verspürt. Die Erdstöße, welche um 9^h, 12^h und 2^h 4^h Nachts erfolgten, gingen in der Richtung Nordost-Südwest. Besonders heftig war das Erdbeben in der Umgegend von Mülhausen. — In der Gemeinde Gönghörs-Tarjan (Ungarn) kam es gelegentlich der Kantonalwahl zu einem Aufruhr. Die ganze Gemeinde erklärte, die katholische Kirche zu verlassen, und erklärte die Pfarrei, so daß die Gensdarmerei mit der Waffe eingriff, wobei 20 Personen verwundet wurden. — Bei Foktö (Ungarn) kippte auf der Donau ein mit Pfingsttauskugeln besetzter Kahn um, wobei fünf Personen, darunter vier junge Mädchen, ertranken.

Eigenartige Pfingstfestvorbereitungen hatte der Rath der Stadt Dresden getroffen, indem er in seinem Amtsblatte, dem „Dresdener Anzeiger“, folgendes bekannt machen ließ: „Wir machen diejenigen, welche vielleicht zum bevorstehenden Pfingstfeste auf dem städtischen Leihamente ein Pfandstück einzulösen gedenken oder ein solches zu verpfänden beabsichtigen, um sich Baarmittel zu verschaffen, auf die beiden städtischen Leihamtsstellen Hauptstraße 1 und Maternstraße 17 an allen Wochentagen durchgehend von früh 9 Uhr bis 3 Uhr geöffnet.“ — Nun sage einmal Einer, der Rath der Haupt- und Residenzstadt Dresden habe kein Verstandniß für die soziale Lage der Armen!

Die Ehre der Verkäuferin. In der „Säch. Arb.-Ztg.“ wird berichtet: Zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust wurde in der letzten Schwurgerichtssitzung für die Periode der Kaufmann und Korsetthändler Adolf Borchardt in Dresden wegen Meineides verurtheilt. B. beschäftigte im vorigen Jahre ein Fräulein G. als Verkäuferin. Diese verließ Anfangs August ohne Kündigung diese Stellung, erhob aber Gehaltsansprüche auf die Dauer der gesetzlichen Kündigungszeit, und zwar deshalb, weil sie berechtigterweise die Stellung kurzerhand aufgegeben, indem sie von B. wiederholt mit unethischen Anträgen belästigt

halten durchsetzt hatte, den raschen Wortwechsel beobachtet zu haben.

„Was giebt's denn, Mr. Schmidt?“ fragte er über den Tisch herüber, ohne indeß in seinem Tone etwas Anderes als gesellschaftliche Theilnahme zu verrathen.

„Zu dienen, Herr Oberstleutnant,“ gab Rudolf schnell geist, die Lippen zu einem Lächeln verziehend, zurück und hielt einen Augenblick mit Abziehen inne.

„Mein lebenswürdiger Nachbar hat mir eine kleine vertrauliche Mittheilung zu machen und schlägt deshalb eine Personalveränderung vor. Würden Sie geneigt sein, Verehrtester, die Bank noch einmal zu übernehmen? Sie haben nicht zu befürchten, daß mir das Glück wieder so hold sein wird wie vor zwei Stunden — ich bin ein wenig müde und möchte für meinen Theil mich für den Rest des Abends —“

„Sagen wir lieber des Morgens, Mr. Schmidt —“ unterbrach ihn der Oberstleutnant lachend.

„Gut, also für den Rest des Morgens nur noch als Zuschauer betheiligen. — Also? — Die Taille ist gerade zu Ende.“

„Mit Vergnügen, mein bester Schmidt, wenn die anderen Herrschaften nichts dagegen haben —“ und der Oberstleutnant leerte das vor ihm stehende Glas Brandy auf einen Zug. Ein Murren der Ungebuld durchlief die Reihen der Spieler. Wer die Bank hielt, war der Gesellschaft im Augenblick gleichgültig, nur das Spiel sollte nicht aufgehalten werden. Rudolf war schon aufgefunden und hatte, selbst von Robins, der ihm nicht von der Seite wich, unbemerkt, ein neues Spiel Karten auf den Tisch gelegt.

Der Oberstleutnant übernahm zum zweiten Mal die Bank.

Robins nur um wenige Schritte voran, ging Rudolf auf einen Divan in der Nähe des Kamins zu. Er hatte

worden sei. Diese Umstände hatten einen Prozeß zur Folge, in welchem B. beschwor, daß er der G. nicht in der erwähnten Weise zu nahe getreten sei. Die vor den Geschworenen geheim geführte Verhandlung, bei welcher 2 Zeugen, meist Verkäuferinnen, verhört wurden, scheint die volle Schuld des Angeklagten ergeben zu haben, indem er zu der genannten hohen Strafe verurtheilt wurde. Der Prozeß beleuchtet übrigens wieder einmal sehr drastisch die Mährten der Herren „Prinzipale“.

Eine Fremdensteuer ist jetzt in Eisenach eingeführt worden. Die dortigen Stadtväter haben der „Nordh. Ztg.“ zufolge beschlossen, von jedem Fremden, der sich in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober länger als 5 Tage im Gemeindebezirk zur Erholung aufhält, eine Fremdensteuer von 2 Mk. (Familien haben 4 Mk. zu bezahlen) zu erheben. Eine Gegenleistung seitens der Stadt, etwa in Form von Promenadenkonzerten, Volksbelustigungen, freiem Zutritt zu einem Kurhaufe, hervorragenden Sammlungen, Gemäldegalerien u., giebt es nicht. Was Eisenach berühmt und besuchenswerth gemacht hat — seine herrliche Umgebung hat die gütige Mutter Natur gespendet, und die Stadtgemeinde hat daran nur einen ganz kleintwänzigen Antheil.

Menschenjagd mit Muthunden. Aus New-York wird berichtet: Die amerikanischen Millionäre — böhnchen haben jetzt eine neue Art des Amusements entdeckt. In den südlichen Staaten besonders ist ein neuer Jagdsport Mode geworden, der an Grausamkeit und Scheußlichkeit alles bisher Dagewesene übertrifft. Es handelt sich nämlich um eine Menschenjagd mit Muthunden. Ein Jagdklub von schwerkriegenden Leuten in Richmond, Virginia, unternahm dieser Tage eine aufregende Jagdpartie. Ein Weißer und ein Neger wurden für diesen Zweck gemietet. Man gab ihnen einen Vorsprung von zwei Stunden. Drei wilde Muthunde wurden dann auf ihre Fährte losgelassen, und die Jagdgesellschaft folgte zu Pferde. Die Jagd nahm zum Ausgangspunkt das Dorf Suffolk. Nach einigen Meilen im Galopp nahmen die Hunde unter fürchterlichem Gebell die vorausgeschickten Menschen wahr, die in ihrer entsetzlichen Angst nur noch mit Mühe einen Baum erklettern konnten, und so noch der Gefahr entgingen, in Stücke gerissen zu werden. Dieser unmenschliche „Sport“ ruft sogar in der amerikanischen Presse scharfe Proteste hervor.

Ueber den Mädchenraub auf Yap, einer der bedeutendsten Inseln unter den Karolinen, berichtet der Kaiserliche Bezirkshauptmann Senft im „Deutschen Kolonialblatt“ wie folgt: Die Gemeinden haben geübete und gepflasterte Versammlungsplätze mit fentrecht eingelassenen Steinplatten, die als Rückenlehnen dienen, und Gemeendehäuser (Bawais), die auf gemeinsame Kosten errichtet werden. Für diese Bawais rauben sie sich Mädchen aus anderen Distrikten, der Raub scheint jetzt aber nur Bosse zu sein, eine Art Pietät gegen alte Gewohnheiten, thatsächlich hatte bei allen mir angezeigten Mädchenraubfällen vorher eine Verständigung zwischen dem „Opfer“ und deren Eltern einerseits und der Gemeinde der „Räuber“ andererseits stattgefunden, in einem Fall gestand sogar die Gewaltthat, die Räuber um ihre Entführung gebeten zu haben. Diese Sabinerinnen werden für eine bestimmte Zeit, in der Regel mehrere Jahre, Gemeingut aller Männer, der ledigen wie verheiratheten, und kehren dann reichlich beschenkt in ihre Heimathdörfer zurück; wird eine von ihnen Mutter, so wird sie von einem der Dörfler geheirathet. Alle Ehen werden eigentlich nur auf unbestimmte Zeit geschlossen, sie währen zuweilen nur Wochen, jedem der Ehegatten steht es frei, sie zu lösen und eine andere Wahl zu treffen. Vor den Bawais sind Plätze, auf denen abends, am meisten bei Mondschein, nachts, kurzweil getrieben und unermüdet — häufig bis zum Morgengrauen — lustig getanz wird. Die Tänze mit ihren vielen, abwechslungsreichen und bizarren Formen lassen sich schwer beschreiben, wir können ihnen auch keinen annähernd so schwierigen Tanz an die Seite stellen, und ebenso wenig wird bei uns — vielleicht mit Ausnahme des Ballets — so exakt getanz wie hier. Wie wohl bei den meisten Naturvölkern, bildet auch hier unter anderem das erotische Thema das Motiv.

Verzollte ... Flöhe. Das Genfer Zollamt hatte jüngst eine Sendung abgerichteter Flöhe zollamtlich zu taxiren. Da dem Beamten die Entscheidung zu schwer fiel, so fragte er in Bern bei der höheren Instanz an, wo dann die betreffenden Flöhe in die Rubrik „Menagerie“ an die Seite der gefährlichsten Raubthiere verwiesen wurden.

eine Zigarrette zwischen den Lippen und blies gelassen bläuliche Ringe vor sich hin.

Nichts in seinen Mienen und seiner Haltung verrieth, in welcher einer furchtbaren Lage er sich befand.

Mit einer Handbewegung hatte er Robins eingeladen, Platz zu nehmen.

Beide wandten der Gesellschaft den Rücken zu.

Bis jetzt war zwischen den Beiden, die vor wenig Stunden sich wieder von Namen noch Angeficht gekannt, und sich nun als Todfeinde gegenüberstanden, noch kein Wort gewechselt worden.

Als Robins anfangen wollte zu sprechen, winkte Rudolf ihm herbei.

„Eine Flasche Sekt und zwei Gläser, um auf das Wohl meines neuen Freundes zu trinken!“ rief er dem Schwarzen überlaut zu. Bourgeois, der auf Tod und Leben pointierte, sah zum ersten Male spöttisch lächelnd auf. Rudolf dachte nicht im entferntesten daran, die Kraft seines Widersachers, die, wie er auf den ersten Blick gesehen, nicht zu unterschätzen war, durch den Sekt zu schwächen. Einem Mann wie Robins würde durch solche Mittel schwerlich beizukommen sein; Rudolf wollte nichts, als Zeit gewinnen.

Schließlich aber, nachdem ein Jeder von ihnen stumm das erste Glas geleert, mußte er Robins doch zu Worte kommen lassen.

Der Deutsch-Amerikaner war sehr kurz angebunden und schien schon im voraus von dem befriedigenden Resultat des vergeltenden Rächeramts, das der Franzose in seine Hände gelegt hatte, durchaus überzeugt zu sein.

„Ich brauche Ihnen wohl nicht erst die einzelnen Tricks namhaft zu machen, an denen ich von der ersten Karte an, die Sie heute abgaben, erkannte, daß Sie ein Kommerziant der raffiniertesten Sorte sind.“

(Fortsetzung folgt.)